

Wolf, Philipp

Methoden und Strategien Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern
am Beispiel des Kigamboni Community Centre
in Dar Es Salaam, Tansania

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2014

Erstprüferin: Frau Prof. Dr. phil. Gudrun Ehlert

Zweitprüfer: Herr Prof. Dr. phil. Stephan Beetz

Bibliographische Beschreibung:

Wolf, Philipp:

Methoden und Strategien Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern am Beispiel des Kigamboni Community Centre in Dar Es Salaam, Tansania. 62 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit,
Bachelorarbeit, 2014.

Referat:

Ausgehend von den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und lokalen Besonderheiten, mit denen Soziale Arbeit in Entwicklungsländern konfrontiert ist, wird auf Grundlage einer Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstandes die Frage beantwortet, welche Methoden und Strategien Sozialer Arbeit – im Vergleich zu den Standards Sozialer Arbeit in Industrienationen – in Entwicklungsländern notwendig und hilfreich sind.

Zudem wird untersucht, inwieweit die hierzu erlangten Erkenntnisse auf ein konkretes Fallbeispiel Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern zutreffen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
1 Einleitung	5
2 Begriffsbestimmungen	7
2.1 Armut	7
2.2 Entwicklungsländer und Schwellenländer	8
2.3 Dritte Welt, Eine Welt und Nord-Süd	9
2.4 Die Millenniumsentwicklungsziele	10
3 Zur sozialen und gesellschaftlichen Situation in Entwicklungsländern	11
3.1 Verschuldung und Hunger	11
3.2 Korruption	14
3.3 Mangelhafter Zugang zum Gesundheitssystem	15
3.4 Mangelhafter Zugang zum Bildungssystem	17
3.5 Familie und Community als Systeme sozialer Sicherung	19
4 Zur Geschichte Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern	21
5 Auftrag und Ansätze Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern	22
5.1 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession	23
5.2 Gemeinwesenarbeit	26
6 Soziale Arbeit im Kigamboni Community Centre in Dar Es Salaam, Tansania	29
6.1 Untersuchungsgegenstand und Vorgehensweise	29
6.2 Tansania, Dar Es Salaam und Kigamboni	30
6.3 Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit in Tansania	32
6.4 Das Kigamboni Community Centre	33
6.5 Zusammenfassung und Auswertung	36
7 Schlussbetrachtungen	38
Anlagen	41
Anlage 1: Interviewleitfaden TASWO	42
Anlage 2: Interviewleitfaden KCC	44
Anlage 3: Experteninterview per Email: Antwort von Herrn Meinrad Lembuka, Verwaltungsbeamter der TASWO, vom 17.12.2013 auf Grundlage des zuvor versendeten Leitfadens	46
Anlage 4: Gedächtnisprotokoll zum Experteninterview mit Herrn Kondo Rashid, Mitarbeiter beim KCC	53
Literatur- und Quellenverzeichnis	56

Abkürzungsverzeichnis

BMEIA	Österreichisches Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BPB	Bundeszentrale für politische Bildung
CIA	Central Intelligence Agency
CSSF	Community Systems Strengthening Framework
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
GFATM	The Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria
HDI	Human Development Index
IASSW	International Association of Schools of Social Work
ICSW	International Council of Social Welfare
IFSW	International Federation of Social Workers
IWF	Internationaler Währungsfonds
KCC	Kigamboni Community Centre
LED	Liechtensteiner Entwicklungsdienst
MEZ	Milleniumsentwicklungsziele
MPI	Multidimensional Poverty Index
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
TASWO	Tanzania Association of Social Workers
UN	Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
UNDP	United Nations Development Programme
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
WFP	Welternährungsprogramm

1 Einleitung

Die Welt des 21. Jahrhunderts wächst näher zusammen. Internet, globale Handelsbeziehungen und sekundenschnelle Geldbewegungen über den ganzen Erdball sorgen dafür, dass auch die Dinge Einfluss auf unser Leben haben, die mehrere tausend Kilometer entfernt von uns passieren. Wenn ein globales Unternehmen Umsatzeinbrüche in einem Teil der Erde verkraften muss, hat das auch Auswirkungen auf die Firmenpolitik, die Börsenwerte und eventuell sogar auf die Arbeitnehmer_innen in einem anderen Teil der Erde. Vom Platzen der Immobilienblase in den USA 2008 haben sich Teile der Weltwirtschaft bis heute noch nicht erholt. Und die persönliche Notlage unzähliger Menschen in Nordafrika äußert sich in Flüchtlingsströmen über das Mittelmeer nach Europa, wo sie wiederum innenpolitische Diskussionen beeinflusst.

Durch die wachsenden globalen Zusammenhänge ist auch die soziale Situation in den Ländern dieser Erde nicht mehr nur davon abhängig, was innerhalb dieser Länder geschieht. Dieser Fakt erfordert eine stärkere internationale Orientierung Sozialer Arbeit. Auf nationalstaatlicher Ebene werden gegenseitige Erfahrungsaustausche sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen einzelnen Trägern Sozialer Arbeit bereits intensiv betrieben. Die internationale Zusammenarbeit Sozialer Arbeit steckt dagegen noch in den Kinderschuhen. Den zwei großen internationalen Dachverbänden Sozialer Arbeit – der International Federation of Social Workers (IFSW) sowie der International Association of Schools of Social Work (IASSW) – haben sich zwar viele Mitglieder angeschlossen (vgl. IASSW 2013 sowie IFSW 2013), bisher beschränkte sich die Zusammenarbeit jedoch meist auf das Verfassen allgemeiner Resolutionen. Konkrete grenzübergreifende Projekte sind bisher eher die Seltenheit.

Ein entscheidender Punkt bei der zukünftigen internationalen Ausrichtung Sozialer Arbeit ist die Frage, ob sich die übergeordneten Ziele – beispielsweise die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit (vgl. IASSW/ICSW/IFSW 2012, S. 3) – mit einer universalen Strategie erreichen lassen, oder ob es die lokal sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen, in denen sich Soziale Arbeit bewegt, notwendig machen, mit unterschiedlichen Methoden und Ansätzen entsprechend der regionalen Besonderheiten zu arbeiten. Die vorliegende Arbeit untersucht, welche Methoden und Strategien Sozialer Arbeit notwendig und hilfreich sind, um inner-

halb der spezifischen sozialen und gesellschaftlichen Strukturen in Entwicklungsländern bestmögliche Ergebnisse zu erreichen. Hierzu werden im ersten Teil der Arbeit zunächst einige grundlegende Begriffe aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erläutert und diskutiert, die als Grundlage zur weiteren Heranführung an das Thema dienen sollen. Anschließend werden mit einem Überblick über die soziale und gesellschaftliche Situation in Entwicklungsländern die Rahmenbedingungen und Lebenslagen sowie deren Ursachen skizziert, unter denen Soziale Arbeit in Entwicklungsländern tätig ist. Darauf aufbauend wird zunächst die historische Entwicklung Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern dargestellt, um schließlich den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich erfolgsversprechender Ansätze Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern zusammenzufassen.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit einem konkreten Beispiel Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern. Anhand des Kigamboni Community Centre (KCC) in Dar Es Salaam, Tansania soll detailliert veranschaulicht werden, wie Soziale Arbeit in einem Entwicklungsland durchgeführt wird, wo die größten Unterschiede, aber auch, wo Gemeinsamkeiten mit den westlichen Standards Sozialer Arbeit zu finden sind. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse aus der Literaturrecherche des ersten Teils den Untersuchungsergebnissen des zweiten Teils gegenübergestellt und diskutiert.

Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt auf den Unterschieden, die bei der Ausübung Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern im Vergleich zu den westlichen Industrienationen festgestellt werden können. Die Vielfalt an Methoden und Zugängen gilt es als Chance zu begreifen. Durch Globalisierung und technische Innovationen ändern sich Gesellschaften schneller als noch vor 50 oder 100 Jahren. Viele Entwicklungsländer erfahren derzeit ein enormes Wirtschaftswachstum, aus dem sich in vielen Fällen erstmals eine kleine Mittelschicht herausbildet. Dessen ungeachtet verharren weite Teile der Bevölkerung dennoch in extremer Armut, da oftmals keinerlei Instrumente sozialer Sicherung vorhanden sind. In den Industrienationen sind viele Dienstleister Sozialer Arbeit auf Grund der öffentlichen Kassenlage dagegen zunehmend gezwungen, mit geringeren finanziellen Mitteln soziale Dienstleistungen anzubieten. Hier wie dort hat man mit den beschriebenen Veränderungsprozessen bisher kaum Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund kann das Wissen über vielfältige Handlungsansätze Sozialer Arbeit entsprechend der unter-

schiedlichen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Voraussetzungen unter dem Dach gemeinsamer zentraler Grundsätze für alle Seiten ein Gewinn sein. Ein globaler Erfahrungsschatz über Wirkungsweisen Sozialer Arbeit in unterschiedlichen Kontexten kann dafür sorgen, dass man erfolgreich raschen Veränderungen entgegen kann. Grundlage dafür ist allerdings, dass die Deutungshoheit der Profession Sozialer Arbeit nicht mehr nur allein bei den Industrienationen liegt, sondern die Konzepte Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern als absolut gleichwertig anerkannt werden. Nur so kann ein für alle Seiten gewinnbringender Dialog und Erfahrungsaustausch entstehen.

2 Begriffsbestimmungen

Um eine klare Definitionsgrundlage für bestimmte Begriffe zu bilden, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit eine wichtige Rolle einnehmen werden, soll an dieser Stelle zunächst die Bedeutung verschiedener Begriffe genauer bestimmt und diskutiert werden. Ziel ist, auf diesem Wege den Kernaussagen der Arbeit einen verbindlicheren Charakter zu verleihen und beliebige Interpretationen auf Grund unklarer Begriffsbestimmungen zu vermeiden.

2.1 Armut

Armut ist das zentrale Problem und die Überwindung von Armut gleichzeitig die größte Herausforderung für Entwicklungsländer. Während relative Armut auf Grundlage eines vorhandenen Durchschnittseinkommens vor allem Einkommensverhältnisse innerhalb einer bestimmten Region beschreibt (vgl. Kriele 2005, S. 1), ist zur Definition globaler Armut das Konzept der absoluten Armut geeigneter. Hierzu gibt es mehrere Ansätze, von denen ich lediglich die zwei bedeutendsten vorstellen möchte.

Die Weltbank definiert Menschen als arm, wenn sie weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben. 1,25 US-Dollar wird demnach als der Betrag angesehen, den eine Person täglich zum Überleben braucht. Im Jahr 2005 lebten nach dieser Berechnung ca. 1,4 Milliarden Menschen weltweit in Armut (vgl. BMZ 2013a). Da sich Armut jedoch nicht nur in einem geringen Einkommen manifestiert, haben sich im Laufe der Jahre auch andere, multiperspektivische Mess- und Definitionsverfahren etabliert, welche die vielfältigen Erscheinungsformen von Armut detaillierter widerspiegeln als das Weltbank-Modell. Zu nennen ist hier ins-

besondere der 2010 vom United Nations Development Programme (UNDP) eingeführte Multidimensional Poverty Index (MPI), der die Lebensumstände einzelner Haushalte untersucht und sich dabei aus den folgenden zehn Indikatoren zusammensetzt:

- “No one has completed five years of schooling,
- At least one school-age child not enrolled in school,
- At least one member is malnourished,
- One or more children have died,
- No electricity,
- No access to clean drinking water,
- No access to adequate sanitation,
- House has dirt floor,
- Household uses “dirty” cooking fuel (dung, firewood or charcoal),
- Household has no car and owns at most one of: bicycle, motorcycle, radio, refrigerator, telephone or television" (UNDP 2013, S. 7).

Die Haushalte, auf die mindestens ein Drittel aller gemessenen Indikatoren zutreffen, gelten demnach als arm (vgl. ebd.). Dies waren zwischen 2000 und 2010 ca. 1,7 Milliarden Menschen in 109 untersuchten Ländern (vgl. DGVN 2011). Die Zahl der in Armut lebenden Menschen ist also im Vergleich zur Berechnungsmethode der Weltbank um etwa 3 Millionen höher, wenn man die multidimensionale Definition des MPI zu Grunde legt.

2.2 Entwicklungsländer und Schwellenländer

Es gibt keine einheitliche Definition und somit auch keine allgemein verbindliche Liste von Entwicklungsländern. Der weitverbreitetste Ansatz zur Klassifizierung von Entwicklungsländern stellt der Bezug zum Human Development Index (HDI) des UNDP dar. Hierbei werden die Länder als Entwicklungsländer bezeichnet, die im aktuellen HDI als Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung ausgewiesen werden. Dies sind aktuell 44 Staaten, wovon sich die meisten in Subsahara-Afrika befinden (vgl. DGVN 2013, S. 178). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sieht bei der überwiegenden Anzahl von Entwicklungsländern darüber hinaus folgende Gemeinsamkeiten:

- eine schlechte Versorgung großer Bevölkerungsgruppen mit Nahrungsmitteln, Unterernährung und Hunger,
- Armut,
- keine oder nur eine mangelhafte Gesundheitsversorgung, eine große Kindersterblichkeit sowie eine geringe Lebenserwartung,
- mangelhafte Bildungsmöglichkeiten, eine hohe Analphabetenrate sowie
- eine oft extrem ungleiche Verteilung vorhandener Güter, hohe Arbeitslosigkeit und ein insgesamt niedriger Lebensstandard (vgl. Ihne/Wilhelm 2013, S. 7).

Die Länder, die über einen höheren Industrialisierungsstand und einen etwas besseren Lebensstandard in breiten Teilen der Bevölkerung verfügen als Entwicklungsländer, werden als Schwellenländer bezeichnet. Charakteristisch insbesondere für diese Länder sind sehr hohe Wirtschaftswachstumsraten (vgl. ebd., S. 7f.).

2.3 Dritte Welt, Eine Welt und Nord-Süd

Lange Zeit war der Begriff „Dritte Welt“ für die Gesamtheit aller Entwicklungsländer populär. Er wurde seit den 1960er Jahren verbreitet und stellt dabei eine Analogie zum Dritten Stand des absolutistischen Frankreichs dar, welcher überwiegend in großer Armut lebte. Das Pendant zur „Dritten Welt“ ist die sogenannte „Erste Welt“ – die wohlhabenden Industrienationen, welche mittlerweile in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengefasst sind (vgl. BMEIA 2013). Als „Zweite Welt“ wurden zu Zeiten des Kalten Krieges die Länder des Sowjetblocks bezeichnet. Wenngleich die Unterteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt auch heute noch oftmals in Zeitungsartikeln oder in allgemeinen gesellschaftlichen Debatten zu finden ist, werden sie im wissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre zunehmend seltener verwendet. Stattdessen setzt sich immer mehr der Begriff „Eine Welt“ durch (vgl. Becker 2013). Mit dieser Bezeichnung soll verstärkt ausgedrückt werden, „dass die bedeutenden Herausforderungen an Gegenwart und Zukunft wie etwa der Klimawandel, die Armutsfrage, das Weltwirtschaftssystem, die sozialen Sicherungssysteme und unsere Antwort- und Handlungsmöglichkeiten auf all dies Probleme darstellen, die uns gemeinsam betreffen und deshalb nur gemeinsam gelöst werden können“ (Ihne/Wilhelm 2013, S. 8).

Auch die Unterteilung zwischen wohlhabenden Industrienationen und armen Entwicklungsländern in „einen reichen Norden“ bzw. „einen armen Süden“ sowie die Bezeichnung „Nord-Süd-Gefälle“ sind nicht mehr zeitgemäß, da der geografische Bezug, welcher den Begriffen zu Grunde liegt, sehr ungenau ist. So werden gleich mehrere Entwicklungsländer vor allem im asiatischen Raum (also im Osten) nicht von diesem Schema erfasst und auch der Tatsache, dass sich in der südlichen Hemisphäre ebenfalls reiche Industrienationen (z. B. Australien) befinden, wird mit den Nord-Süd-Begrifflichkeiten nicht Rechnung getragen (vgl. Ihne/Wilhelm 2013, S. 8). Deshalb werde ich im Folgenden stattdessen die Begriffe „Entwicklungsländer“ bzw. „Industrienationen“ verwenden und auch den Begriff der „Sozialarbeit des Südens“, unter dem quasi alle Ansätze Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern zusammengefasst werden, durch „Soziale Arbeit in Entwicklungsländern“ ersetzen.

2.4 Die Millenniumsentwicklungsziele

Grundlage für die Millenniumsentwicklungsziele (MEZ) bildete die gemeinsame Erklärung von 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) im September 2000, eine bessere Welt aufzubauen (Milleniumserklärung). Um eine möglichst konkrete Umsetzung dieses Vorhabens sicherstellen zu können, wurden von der UN-Generalversammlung ein Jahr später acht konkrete Ziele formuliert und verabschiedet. Diese Ziele sind nunmehr als MEZ bekannt und lauten im Einzelnen:

- „die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers,
- die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung,
- die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen,
- die Senkung der Kindersterblichkeit,
- die Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
- die Bekämpfung von HIV / AIDS, Malaria und anderen Krankheiten,
- die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit sowie
- der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ (Holtz 2013, S. 41).

Diese acht übergeordneten Ziele wurden mittlerweile durch insgesamt 21 Zielvorgaben sowie ca. 60 Indikatoren präzisiert (vgl. ebd., S. 41ff.). Als Frist zur Erreichung der meisten Ziele wurde das Jahr 2015 angegeben. Wenngleich wenige

Monate vor Ablauf dieser Frist bereits jetzt absehbar ist, dass die Ziele nur teilweise erreicht werden können (vgl. ebd., S. 44f.), bilden sie dennoch nach wie vor „einen international anerkannten Rahmen für eine menschenzentrierte Entwicklung“ (ebd., S. 41) und somit auch einen der wichtigsten Orientierungspfeiler Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern.

3 Zur sozialen und gesellschaftlichen Situation in Entwicklungsländern

An dieser Stelle werde ich zunächst die soziale und gesellschaftliche Situation in Entwicklungsländern sowie deren Ursachen skizzieren. Darauf aufbauend soll im nächsten Schritt der Arbeit der Auftrag an Soziale Arbeit in Entwicklungsländern abgeleitet werden. Da die Arbeit einerseits den Anspruch hat, Entwicklungsländer ohne weitere Eingrenzungen insgesamt zu thematisieren, sich andererseits die konkreten Situationen in einzelnen Entwicklungsländern jedoch sehr unterschiedlich darstellen, werde ich mich im Folgenden auf die Parameter beschränken, die charakteristisch für die übergroße Mehrheit aller Entwicklungsländer sind.

Das zentrale Problem und gleichzeitig die größte Herausforderung für Entwicklungsländer ist die Armut. Die meisten aller Problemlagen, von denen Entwicklungsländer in größerem Ausmaß betroffen sind, stehen hauptursächlich in direktem Zusammenhang mit der weit verbreiteten Armut. Wie im Abschnitt 2.1 bereits veranschaulicht wurde, manifestiert sich Armut dabei nicht nur in einer hohen Arbeitslosigkeit und sehr niedrigen Pro-Kopf-Einkommen, sondern wesentlich vielfältiger. Vor diesem Hintergrund ist es schwierig, klare Abgrenzungen zwischen den einzelnen Parametern zu treffen, da sie sich oftmals im Rahmen von Wechselwirkungen einander bedingen.

3.1 Verschuldung und Hunger

Viele Entwicklungsländer sind enorm verschuldet. In den meisten Fällen können die betroffenen Staaten selbst die anfallenden Zinszahlungen nur mit Mühe bedienen. Dadurch fehlen die notwendigen finanziellen Mittel, um mit Investitionen in die Infrastruktur die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern (vgl. Kindernothilfe e.V. 2013). Die Ursachen für die massive Verschuldung vieler Entwicklungsländer sind sehr vielfältig und sollen an dieser Stelle nur verkürzt dargestellt werden. Zum einen fehlt oftmals ein effizienter Staatsapparat, der beispielsweise

durch ein funktionierendes Steuersystem Einnahmen generieren könnte. Darüber hinaus sind die staatlichen Behörden in vielen Fällen von Korruption unterwandert. Dadurch kommen beträchtliche Geldsummen (beispielsweise aus staatsinternen Einnahmen, aber auch aus Mitteln der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit) nicht ihrem angedachten Zweck zu Gute, sondern verschwinden in den Taschen weniger Privilegierter bzw. werden in nicht nachhaltige Prestigeobjekte oder in Waffenkäufe gesteckt. Der Exportmarkt vieler Entwicklungsländer ist sehr einseitig ausgerichtet und besteht in einigen Fällen nur aus dem Verkauf eines einzigen Produktes. Dadurch ist der Export sehr anfällig für Preis- und Nachfrageschwankungen auf dem Weltmarkt. Verlässliche, regelmäßige Exporterlöse sind sehr selten (vgl. Andersen 2005).

Zwei der bedeutendsten Gläubiger vieler Entwicklungsländer sind die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). Als Gegenleistung für Zinsaufschübe oder einen teilweisen Schuldenerlass werden von den beiden Organisationen in der Regel sogenannte Strukturanpassungsprogramme von den Entwicklungsländern gefordert. Diese haben die Liberalisierung des Weltmarktes zum Ziel und beinhalten beispielsweise die Reduzierung bzw. den Wegfall von Einfuhrzöllen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zur Verschlinkung des Staatsapparates oder gar die Auflösung staatlicher Nahrungsreserven (vgl. Ziegler 2011, S. 56f.). Dies hat zur Folge, dass sich insbesondere im Bereich der Grundnahrungsmittel einheimische Produzent_innen einer stärkeren globalen Konkurrenz gegenüber sehen, gegenüber deren Preisgestaltung sie in aller Regel nicht mithalten können. In der Konsequenz werden die einheimischen Märkte zunehmend mit billigen Waren aus den reichen Industrienationen bedient, die ihrerseits oftmals noch subventioniert werden. Direkte Folge dieser Politik sind zunehmende Landflucht und eine Verarmung insbesondere der Landbevölkerung, die massive Umsatzeinbrüche in Folge der veränderten Marktsituation hinnehmen muss. Auf langfristige Sicht sicherlich am schwerwiegendsten ist jedoch die Tatsache, dass eigene Produktionskapazitäten zerstört werden und hinsichtlich der Nahrungsmittelsicherheit eine dauerhafte Abhängigkeit von ausländischen Großkonzernen manifestiert wird (vgl. Wicht 2008, S. 25). Bei Preisanstiegen auf dem Weltmarkt stehen perspektivisch keine eigenen Nahrungsmittelressourcen mehr zur Verfügung.

Verschärft wird die Entwicklung der zunehmenden Nahrungsmittelunsicherheit in den letzten Jahren zusätzlich durch die weltweite Finanzkrise, in deren Folge beispielsweise die finanziellen Mittel für das Welternährungsprogramm (WFP) der UN deutlich zurückgefahren wurden. Dadurch mussten viele vom WFP durchgeführten Schulspeisungen in Entwicklungsländern eingestellt werden (vgl. Ziegler 2011, S. 194f.). Darüber hinaus werden zunehmend potentielle Anbauflächen in den Entwicklungsländern (wie oftmals auch Rohstoffressourcen) zu geringen Preisen an internationale Konzerne verkauft und stehen ihrem ursprünglichen Zweck, der Produktion von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung, nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen entstehen auf den entsprechenden Flächen je nach Verwendungszweck riesige Palmölplantagen für die Herstellung von Biokraftstoff (vgl. ebd., S. 233ff.) oder Monokulturen von Grundnahrungsmitteln, die jedoch wieder unter das bereits oben beschriebene Preisdiktat fallen und somit nicht direkt zum Nutzen der einheimischen Bevölkerung sind. Seit einigen Jahren betätigen sich die gleichen Konzerne, die bereits über ein Oligopol in der Nahrungsmittelindustrie verfügen, zudem verstärkt an der Spekulation auf Grundnahrungsmittel an den weltweiten Aktienmärkten, um auf diesem Wege Preisveränderungen entsprechend ihrer gewünschten Marktstrategie zu erreichen (vgl. ebd., S. 260ff.). Dies beeinträchtigt die beschriebene Entwicklung der Nahrungsmittelunsicherheit nochmals zusätzlich negativ.

Neben diesen wirtschafts- und finanzpolitischen Mechanismen trägt auch der Klimawandel einen hohen Anteil an der prekären Nahrungsmittelsituation in Entwicklungsländern. Viele Länder werden immer häufiger von Dürren heimgesucht. Der für die Ernte notwendige Regen bleibt oftmals ganz aus oder gestaltet sich so extrem, dass er das Saatgut wegspült statt angemessen bewässert. Zudem fehlt es den ländlichen Bauern an Hilfsmitteln wie z. B. künstlicher Bewässerung, Traktoren oder Pestiziden gegen Heuschrecken, welche eine ertragreichere Ernte sicherstellen könnten (vgl. Ziegler 2011, S. 74ff.). In vielen Fällen mangelt es auch schlicht an Infrastruktur, um beispielsweise Nahrungsmittel aus einer ertragreichen Landesregion in eine Hunger leidende Landesregion transportieren zu können (vgl. ebd., S. 36).

Die bedeutende Gefahr der Hungerproblematik besteht (wie bei vielen anderen Problemlagen, von denen Entwicklungsländer betroffen sind) in der Manifestation eines Kreislaufs, einer Spirale, aus der man sich nur sehr schwer herausmanövrieren kann. Dies wird am oben beschriebenen Mechanismus zwischen Aufgabe eigener Gestaltungsfaktoren, Abhängigkeit von internationalen Konzernen und Machtlosigkeit bei Preisanstiegen deutlich, aber auch an der intergenerationellen Weitergabe von Hunger, Mangel- und Unterernährung. Bereits vor ihrer Geburt sind Kinder den Auswirkungen des Hungers ausgesetzt, nämlich dann, wenn ihre Mutter sich nicht ausreichend ernähren kann. Durch die pränatale Unterernährung entstehen oftmals noch vor der Geburt Invalidität, Hirnschädigungen und motorische Behinderungen. Besonders dramatisch ist der Entzug von angemessener, ausreichender und regelmäßiger Nahrung innerhalb der ersten fünf Lebensjahre, da die in diesem Zeitpunkt durch Mangel- und Unterernährung hervorgerufenen Schädigungen irreparabel sind. Neben der Herausbildung spezieller Hungerkrankheiten wie Noma und Kwashiorkor begünstigen sie auch eine beschleunigte Immunschwächung bei HIV-Infektionen (vgl. Ziegler 2011, S. 27f.).

3.2 Korruption

Neben den negativen Auswirkungen auf die Verschuldungs- und Wirtschaftssituation in den betroffenen Ländern führt Korruption auch zur Schwächung der staatlichen Legitimität insgesamt. Korruption „erhöht die Transaktionskosten beim Aushandeln von Preisen für Güter und Dienstleistungen. Sie verhindert eine marktkonforme Preisbildung, die im Ergebnis Knappheitsverhältnisse widerspiegeln sollte, sie zementiert Machtverhältnisse und Abhängigkeiten, wo Initiative und Engagement gefordert wären, sie reduziert öffentliche Einnahmen zu Gunsten privater Gewinne, sie schafft Unsicherheit und Misstrauen statt Berechenbarkeit und Verlässlichkeit“ (Seitz 2009). Neben der öffentlichen Verwaltung sind auch private Firmen von Korruption betroffen. Die Ursachen von Korruption sind vor allem in fehlender Transparenz, schlechter Bezahlung und oftmaliger Straffreiheit für Korruptionsdelikte zu sehen (vgl. Hanano 2013). In der Regel ist Korruption nicht nur auf ein bestimmtes gesellschaftliches Feld beschränkt, sondern tritt in vielfältigen Formen in allen gesellschaftlichen Schichten auf. Grob unterschieden werden können dabei die drei Hauptgruppen von Korruption: Bestechung, Veruntreuung und Nepotismus (die normwidrige Bevorzugung bestimmter Personen oder Personengruppen) (vgl. LED 2013, S. 3). Weiterhin kann eine Unterteilung in aktive Kor-

ruption (das Vornehmen korrupter Handlungen) und passive Korruption (das Akzeptieren, Entgegennehmen oder Dulden korrupter Handlungen) erfolgen. Korruption erschwert speziell der ärmeren Bevölkerung den ohnehin schon schwierigen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Bildungseinrichtungen sowie zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung (vgl. BMZ 2013b). Dies führt zu einem mangelhaften bzw. zu einem nicht vorhandenen Vertrauensverhältnis zwischen großen Teilen der Bevölkerung und der staatlichen Verwaltung. So kommt es insbesondere in korruptionsgeplagten Ländern immer wieder zu Akten von Selbstjustiz (vgl. Mantel/Wolfrum 2010, S. 14).

3.3 Mangelhafter Zugang zum Gesundheitssystem

Da die Erforschung neuer Medikamente sehr kosten- und zeitaufwendig ist, sichern sich die entwickelnden Pharmaunternehmen zur Deckung der Forschungskosten meist durch ein zeitlich befristetes Patent exklusive Nutzungs- und Verwertungsrechte am entsprechenden Medikament. Dadurch können sie wesentlich höhere Verkaufserlöse erzielen als in einer normalen Wettbewerbssituation. Die entsprechend höheren Preise können sich viele Menschen in Entwicklungsländern allerdings oftmals nicht leisten. So verfügt beispielsweise nur ein Bruchteil der 22,5 Millionen HIV-Infizierten in Subsahara-Afrika Zugang zu entsprechenden Medikamenten (vgl. Meyer/ Rogg-Pietz 2011, S. 4f.). Gleichzeitig wird die Erforschung von Medikamenten gegen klassische „Armutskrankheiten“ wie Malaria oder Tuberkulose seitens der Industrienationen mit nur sehr geringen finanziellen Mitteln gefördert (vgl. Ahmia 2008). Dies führt dazu, dass jährlich viele Menschen in Entwicklungsländern an Krankheiten sterben, die mit entsprechenden Medikamenten eigentlich gut behandelbar sind (vgl. Ludermann 2006).

Weitere Faktoren, die zur mangelhaften Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern beitragen, sind schlechte Infrastruktur, ungenügende Ausstattung, eine ungleiche Mittelverteilung sowie uneinheitliche Diagnose- und Therapierichtlinien. Darüber hinaus verfügt in den meisten Entwicklungsländern der Großteil der Bevölkerung über keine Krankenversicherung. Medizinische Leistungen müssen demnach vor Behandlungsbeginn in bar gezahlt werden. Dies führt dazu, dass sich viele Menschen für die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen verschulden oder aber medizinische Leistungen gar nicht erst in Anspruch nehmen können (vgl. BMZ 2009, S. 10f.). Das größte Problem im Gesundheitswesen vieler Ent-

wicklungsländer stellt jedoch der massive Fachkräftemangel dar. Während in Entwicklungsländern die Mehrheit der Menschen (nach wie vor) in ländlichen Gegenden lebt, arbeiten 77 Prozent der Ärzt_innen und 62 Prozent der Pflegekräfte in Städten. Daraus ergibt sich eine prekäre Versorgungssituation insbesondere für die Landbevölkerung. Durch das insgesamt sehr niedrige Lohnniveau wandern viele Fachkräfte in reichere Länder mit besseren Arbeitsbedingungen ab bzw. werden zum Teil auch von Industriestaaten aktiv abgeworben. Für die Gewährleistung einer angemessenen Gesundheitsversorgung geht man von ca. vier Gesundheitsfachkräften pro 1.000 Einwohner aus. In einigen Entwicklungsländern liegt dieses Verhältnis nur bei ca. 1:1.000 (vgl. Külker et al. 2010).

Einen besonderen Aspekt in der gesellschaftlichen Struktur von Entwicklungsländern stellen das HI-Virus und daraus resultierende Aidserkrankungen dar. Wenngleich beim Kampf gegen HIV und Aids in den letzten Jahren respektable Erfolge verzeichnet werden konnten (vgl. UNAIDS 2013, S. 2), verursacht die Krankheit noch immer und in großer Zahl schwerwiegende Probleme in allen gesellschaftlichen Bereichen von Entwicklungsländern. In einigen Ländern sind mehr als 20% der Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren mit HIV infiziert. In den am stärksten von HIV betroffenen Ländern wird die durchschnittliche Lebenserwartung durch das Virus in den nächsten Jahren deutlich fallen. Dadurch dringt HIV auch tief in die sozialen und wirtschaftlichen Bereiche der Länder ein, wo es dramatische, langfristige Folgen verursacht. Die Zahl infizierter Personen sowie die durch HIV verursachten Sterbefälle sind so hoch, dass Schulen, Firmen und Behörden oftmals mehr Mitarbeiter_innen verlieren als zur adäquaten und zeitnahen Wiederbesetzung vorhanden sind. Besonders Familien, in denen der Haushaltsvorstand – oftmals auch Alleinverdiener – frühzeitig stirbt, stehen vor dauerhaften finanziellen Problemen. Da in vielen Fällen kein Fachpersonal vorhanden ist oder dieses nicht bezahlt werden kann, werden oftmals Frauen und Kinder mit der zeitaufwändigen Pflege von Angehörigen betraut. Dadurch können die Erwachsenen keiner regelmäßigen Beschäftigung und die Kinder keinem regelmäßigen Schulbesuch nachgehen (vgl. Dilger 2009, S. 102ff.). Viele Kinder werden durch den frühen Tod ihrer Eltern obdachlos.

Die Ursachen für die hohen HIV-Infektionsraten sind sehr vielfältig. Ein bedeutender Grund scheint neben der noch immer weit verbreiteten Unwissenheit über Wesen und Übertragungswege von HIV in der ungleichen sozialen und gesellschaftlichen Stellung von Frauen gegenüber Männern zu liegen. Während Männer in vielen Fällen trotz einer bestehenden ehelichen Beziehung mehrere Sexualpartnerinnen haben, besitzen Frauen oftmals keine Möglichkeit, eigenes Einkommen zu generieren und sind dadurch auf einen männlichen Versorger angewiesen. Aus dieser schwachen Position heraus sind insbesondere Frauen in vielen Fällen gezwungen, sexuelle Gefälligkeiten für Geld oder materielle Unterstützung anzubieten. Aus dem gleichen Grund ist auch der Zugang zu Medikamenten, Wissens- und Präventionsangeboten speziell für Frauen erschwert. Weitere Faktoren, die ein Ausbreiten der Krankheit begünstigen, sind das hohe Maß an Mobilität und Anonymität in den Elendsvierteln der Großstädte. Zahlreiche Wander- und Saisonarbeiter sowie Soldaten sind oft über einen langen Zeitraum von ihren Familien getrennt. Viele Waisenkinder gehen aus Mangel an anderen Einkommensquellen der Prostitution nach, die insbesondere in anonymen Slums sowie im Umfeld von Fernverkehrsstraßen oder Arbeiterkasernen die Verbreitung von HIV begünstigt (vgl. Tietze 2006). Die bereits angesprochenen generellen strukturellen Probleme der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern wirken sich natürlich auch auf den Kampf gegen HIV und Aids aus. Neben dem breiten Zugang zu Medikamenten und angemessener Hygienebedingungen (z. B. bei der Verwendung von Spritzen) fehlt es oftmals auch an der Implementierung erfolgsversprechender Aufklärungs- und Präventionsprogramme, die sich an den lokalen Besonderheiten im Umgang mit HIV und Aids orientieren.

3.4 Mangelhafter Zugang zum Bildungssystem

Der Zugang zu Bildung in Entwicklungsländern hat zwei übergeordnete Ziele. Zum einen sollen Kinder und Jugendliche durch das vermittelte Wissen dazu befähigt werden, gesellschaftliche Prozesse (wie z. B. die Überwindung von HIV und Aids) mitzugestalten und auch bestehendes Unrecht als solches wahrzunehmen und zu bekämpfen. Zum anderen dient die Wissensvermittlung natürlich dazu, durch die erworbenen Kompetenzen Erwerbsarbeit zu finden, um so der Armut, die meist von Generation zu Generation weitergegeben wird, zu entfliehen. Vor diesem Hintergrund hat der mangelhafte bzw. nicht vorhandene Zugang zu Bildung von Kindern und Jugendlichen in Entwicklungsländern gleich doppelt negative Auswirkun-

gen: sie erhalten keine Kompetenzen, um der Armutsspirale zu entkommen und ihnen fehlt das notwendige Wissen, um soziale und politische Veränderungsprozesse in ihrer Heimat voranzutreiben bzw. an diesen zu partizipieren.

Die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die nicht regelmäßig eine Schule besuchen, beläuft sich weltweit auf ca. 72 Millionen. Die Zahl der Jugendlichen im Sekundarschulalter, die keine Schule besuchen, ist fast genauso hoch (vgl. BMZ 2013c). In einigen Ländern sind über 50 % der über 15jährigen nicht alphabetisiert (vgl. UNDP 2011). Auch hier stellen sich die Ursachen sehr vielfältig dar. Die finanziellen Mittel zur Sicherstellung flächendeckender Grundbildung können die meisten Entwicklungsländer nicht aufbringen. Entsprechend sind sie zur Privatisierung von Schulen oder zur Erhebung von Schulgebühren gezwungen. Diese wiederum können sich viele von Armut geplagte Familien nicht leisten, so dass Kinder und Jugendliche oftmals sogar dann keine Schule besuchen, wenn diese gut erreichbar wäre. Häufig scheitert ein Schulbesuch jedoch schon daran, dass es schlicht keine Schule gibt, welche im Rahmen eines normalen Schulweges erreichbar ist. Geschätzte 1,7 Millionen Klassenzimmer fehlen allein in Subsahara-Afrika. Viele Kinder und Jugendliche müssen zudem zum Familieneinkommen beitragen und während der Schulzeit arbeiten, weshalb ein regelmäßiger Schulbesuch nicht möglich ist. Davon betroffen sind auf Grund des oftmals vorherrschenden geschlechterspezifischen Rollenverständnisses insbesondere Mädchen (vgl. BMZ 2013c).

Die Bildungssysteme in Entwicklungsländern sind wie auch die Gesundheitssysteme von einem massiven Fachkräftemangel betroffen. Lehrer_innen in Entwicklungsländern werden in der Regel schlecht bezahlt und müssen oftmals einen langen Arbeitsweg zurücklegen, was den Beruf sehr unattraktiv macht. Die Arbeitszeiten sind wegen des Personalstandes häufig sehr lang, die Schüler_innenanzahl in den Klassen enorm hoch und die Qualität des Unterrichts meist schlecht. Bei der Lehrplanerstellung werden nur selten regionale Besonderheiten und die individuellen Lernbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt. Innovative Methoden der Wissensvermittlung fehlen meist völlig und oftmals werden lediglich fachliche, nicht aber soziale Kompetenzen vermittelt. Ein funktionierendes System zur Qualifizierung und Weiterbildung von Fachkräften ist in der Regel nicht vorhanden (vgl. BMZ 2013c).

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass nicht nur der fehlende Zugang zu Grundbildung ein soziales und gesellschaftliches Problem für Entwicklungsländer darstellt. Wegen schlechter Ausstattung der meisten Hochschulen, mangelhaften Arbeits- und Forschungsbedingungen sowie unbefriedigenden Verdienstmöglichkeiten wandern vor allem hochqualifizierte Fachkräfte in zunehmendem Maße in reichere Länder ab. Da die Abwanderung Fachkräfte aus nahezu allen Fachbereichen betrifft, können in Entwicklungsländern viele wichtige Schlüsselpositionen oftmals nicht besetzt werden, was spürbar negative Auswirkungen bei der Entwicklung einzelner Länder zur Folge hat (vgl. Langthaler 2008, S. 10ff.).

3.5 Familie und Community als Systeme sozialer Sicherung

Familie und Nachbarschaft stellen auch in reichen Industrienationen wichtige soziale Institutionen dar und nehmen dabei vielfältige Aufgaben im Rahmen einer funktionierenden Gesellschaft wahr. In Entwicklungsländern ist die Bedeutung von Familie und Communities zum Zwecke sozialer Sicherung jedoch wesentlich zentraler und bedeutender. Dieser Fakt muss bei der Analyse sozialer Probleme in Entwicklungsländern immer Berücksichtigung finden, da auch Lösungsansätze, welche die zentrale Bedeutung von Familien und Communities nicht entsprechend würdigen, kaum nachhaltige Erfolge erzielen können.

Der Begriff „Community“ (deutsch: Gemeinschaft) ist im Folgenden dem Begriff „Nachbarschaft“ vorzuziehen, da er allgemeiner anwendbar ist und somit den sehr unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Millionen Menschen in Entwicklungsländern eher Rechnung trägt als der alleinige Bezug auf die im angrenzenden Wohnumfeld lebenden Menschen. Denn je nach regionalen und kulturellen Gesichtspunkten kann die soziale Institution der Community aus Nachbarn, aber auch aus religiösen Bezugsgruppen oder aus Stammesgemeinschaften bestehen.

Der Hauptgrund für die zentrale Bedeutung von Familien und Communities in Entwicklungsländern ist der mangelhafte bzw. nicht vorhandene Standard sozialer Sicherung, der von staatlichen Institutionen bereitgestellt wird. Weltweit verfügen geschätzte 2 Milliarden Menschen über keinen Zugang zu finanziellen sozialen Sicherungssystemen. Zudem gibt es in vielen Entwicklungsländern kaum staatliche Angebote sozialer Dienstleistungen, z. B. Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen. Sozialwirtschaftliche Unternehmen gewinnen beim Angebot sozialer Dienst-

leistungen in Entwicklungsländern zwar zunehmend an Bedeutung, große Teile der Bevölkerung verfügen allerdings nicht über die finanziellen Mittel, diese Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dadurch sind Familien und Communities gezwungen, große Teile sozialer Sicherung (z. B. Kindererziehung, Kranken- und Altenpflege sowie die Begleitung beim Sterbeprozess) selbst wahrzunehmen und zu organisieren. Aber auch wirtschaftliche und finanzielle Notlagen werden innerhalb von Familiensystemen und Communities in großem Maße ausgeglichen, beispielsweise durch die Gewährung niedriger Kredite. Diese Aktivitäten können so stark ausgeprägt sein, dass sie bei der Etablierung gewinnorientierter Unternehmen Probleme bereiten (vgl. Jütting o.J., S. 8ff.). Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht verwunderlich, dass der Anteil des informellen Sektors an der Gesamtwirtschaftskraft eines Landes insbesondere in Entwicklungsländern sehr hoch ist (vgl. Dilger 2009, S. 108).

Zentrales Konzept sozialer Sicherung in Familien und Communities ist übergreifende Solidarität. Glückliche wie negative Ereignisse werden nicht nur von den direkt betroffenen Menschen mitgetragen, sondern von der gesamten Gemeinschaft. Soziale Verantwortung besteht dabei speziell für die besonders hilfebedürftigen Menschen einer Gemeinschaft. Armut, Hunger und Obdachlosigkeit werden nicht als Einzelschicksale betrachtet, sondern durch die Gemeinschaft aufgefangen. Aus dem gegenseitigen Geben und Nehmen sozialer Fürsorge entsteht ein dauerhaftes Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft (vgl. Herzberger-Fofana 2005).

Die zentrale Bedeutung von Familien und Communities für soziale Sicherheit hat aber auch eine Schattenseite. Ein Ausschluss aus der Gemeinde hat für die betroffenen Mitglieder in der Regel dramatische Folgen, da sie nicht mehr den Schutz und die Hilfe der Gemeinde in Anspruch nehmen können und andere Systeme sozialer Sicherung – wie ausgeführt – nicht oder nur unzureichend vorhanden sind. Ein Ausschluss aus der Familie oder der Community kann aus den unterschiedlichsten Gründen passieren. In vielen Fällen treten Konflikte vor allem dann auf, wenn traditionelle oder religiöse Erwartungen nicht erfüllt oder verletzt werden. Im Zuge technischer Innovationen und der öffentlichen Idealisierung von kulturfremden Werten wie Individualismus und sexueller Freizügigkeit sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene gefährdet, den sozialen Schutz der Fami-

lie oder der Community zu verlieren (vgl. Herzberger-Fofana 2005). Besonders problematisch wird dies insbesondere dann, wenn sexuelle oder religiöse Überzeugungen nicht mit den traditionellen Vorstellungen der Gemeinschaft vereinbar sind. Homo- und Transsexuelle werden in vielen Entwicklungsländern diskriminiert und verfolgt (vgl. Horig 2009). In vielen Gemeinschaften herrschen zudem streng hierarchische Rangordnungen vor, die auf starken geschlechterspezifischen Rollenzuweisungen fundieren. Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe ist daher besonders für Mädchen und Frauen nicht immer gegeben. Noch immer werden viele arrangierte und/oder erzwungene Ehen in Entwicklungsländern geschlossen (vgl. Gigon 2013).

4 Zur Geschichte Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern

Die Geschichte Sozialer Arbeit als fachliche Profession in Entwicklungsländern ist vergleichsweise jung und begann im Zuge der Kolonialisierung. Vorher erfolgten Maßnahmen sozialer Fürsorge sowie die Bewältigung sozialer Risikolagen ausschließlich durch Familiensysteme oder Communities, wie im Abschnitt 3.5 dargestellt (vgl. Irmer 2012, S. 19f.). Mit Beginn der Kolonialisierung wurde das Verständnis Sozialer Arbeit, wie es in den Kolonialmächten vorherrschte, auch in den neuen Kolonien umgesetzt. Methoden, Ausbildungsinhalte und Lehrbücher wurden dabei direkt übernommen. Seitens der Kolonialmächte erwartete man, dass sich die neuen Kolonien in ihrer zukünftigen Entwicklung den Kolonialmächten angleichen und sich dadurch auch die gleichen sozialen Fragestellungen entstehen würden. Die Methoden Sozialer Arbeit wurden dabei „als rein technologische Mittel gesehen, die unabhängig von der Kultur in der man sich befindet, benutzt werden“ (Rehklau/Lutz 2009, S. 42) könnten. Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass die importierten Konzepte Sozialer Arbeit, welche zum Großteil auf einzelfallorientierten Lösungen fundierten, nicht in der Lage waren, Lösungen für die speziellen Problemlagen von Entwicklungsländern zu finden. Dadurch entwickelten sich unabhängig voneinander in verschiedenen Ländern eigenständige Konzepte Sozialer Arbeit, die die traditionellen, am Gemeinwesen orientierten Strukturen in Entwicklungsländer besser berücksichtigten als die kolonialen Ansätze. Besonders zum Ende des Kolonialismus und im Zusammenhang mit den verschiedenen Befreiungskämpfen verstärkte sich diese Entwicklung (vgl. ebd., S. 40ff.).

Die Gesamtheit aller Bestrebungen, eigenständige Konzepte Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern zu etablieren, wird in der Wissenschaft unter dem Begriff „Indigenisation“ zusammengefasst. Die theoretischen und praktischen Ausrichtungen sind dabei sehr vielfältig und berücksichtigen darüber hinaus auch in hohem Maße regionale Besonderheiten. Demzufolge besteht aktuell kein Konsens hinsichtlich einer universalen Strategie für Soziale Arbeit in Entwicklungsländern. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Indigenisation Sozialer Arbeit in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten ist (vgl. Rehlau/Lutz 2009, S. 41ff.). Welche Aspekte im Zuge der Indigenisation debattiert und thematisiert werden, werde ich nachfolgend darstellen.

5 Auftrag und Ansätze Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern

Die IFSW definiert Soziale Arbeit wie folgt: “The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. [...] Principles of human rights and social justice are fundamental to social work” (IFSW 2012). Ausgehend von dieser Definition sowie den im Abschnitt 3 dargestellten Merkmalen zur gesellschaftlichen und sozialen Situation in Entwicklungsländern leite ich folgende zentrale Aufträge an Soziale Arbeit in Entwicklungsländern ab:

- die Herstellung von Rahmenbedingungen zum Wohle der Gesamtheit aller Menschen durch entsprechendes Handeln von Staat und Zivilgesellschaft (Good Governance) fordern und unterstützen¹,
- existenzielle Notlagen (z. B. Hunger und Obdachlosigkeit) lindern,
- Möglichkeiten zur nachhaltigen Einkommens- und Vermögensgenerierung herstellen,
- präventive Maßnahmen zum Kampf gegen HIV und Aids ergreifen,
- Zugänge zum Gesundheits- und Bildungssystem schaffen,
- Geschlechtergerechtigkeit fördern,
- Diskriminierung bekämpfen und diskriminierte Minderheiten schützen.

¹ Darunter zählen zum Beispiel Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung oder Initiativen für gerechtere globale Handelsbeziehungen.

Es fällt auf, dass sich die Anforderungen an Soziale Arbeit in Entwicklungsländern fundamental von denen in Industrienationen unterscheiden. Die unterschiedliche soziale und gesellschaftliche Situation einerseits und die höchst unterschiedliche Qualität der vorhandenen staatlichen Sicherungssysteme andererseits führen dazu, dass Soziale Arbeit in Entwicklungsländern Aufgabenfelder wahrnehmen muss, die in Industrienationen entweder nicht in vergleichbaren Größenordnungen auftreten (z. B. HIV / Aids) oder durch andere Institutionen abgedeckt werden, die nicht der Sozialen Arbeit zugeordnet werden (z. B. Einkommensgenerierung). Das Aufgabenfeld Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern ist wesentlich breiter und gleichzeitig wesentlich stärker am Gemeinwesen orientiert als in Industrienationen. Zwar gibt es auch in Industrienationen Ansätze Sozialer Arbeit, die sich am Gemeinwesen orientieren, diese haben jedoch im Vergleich zum Ansatz der Einzel-fallhilfe, welche sich an individuellen Problemlagen und bestimmten Klient_innengruppen (z. B. Straffällige, Suchtabhängige) orientiert, eine (noch) geringe Bedeutung. Diese Differenzierung führt dazu, dass in Entwicklungsländern in einigen Kontexten von „Community Work“, „Community Development“ oder „Social Development“ statt von „Social Work“ gesprochen wird. Dadurch soll verdeutlicht werden, dass sich die Aufgabenfelder Sozialer Arbeit anders darstellen und stärker am Gemeinwesen orientieren als in Industrienationen und die Maßnahmen insbesondere den Aufbau und die Entwicklung positiver Lebensbedingungen statt nur deren Erhaltung zum Ziel haben (vgl. Rehlau/Lutz 2009, S. 40f.).

Die meiner Meinung nach zwei bedeutendsten Ansätze zur Umsetzung der o. g. Aufträge Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern werde ich im Folgenden vorstellen.

5.1 Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession

Die Aufträge Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern sind in hohem Maße deckungsgleich mit den MEZ der UN (vgl. Abschnitt 2.4). Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die MEZ wiederum eng mit den Menschenrechten verknüpft sind (vgl. Kürschner-Pelkmann 2010). Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig und sinnvoll, Menschenrechtsprinzipien stärker als bisher als Grundlage professioneller Sozialer Arbeit zu berücksichtigen – nicht nur in Entwicklungsländern, vor allem aber dort. Zentrale Aufgabe ist es, „Wege zu finden, auf denen Menschenrechts-

grundsätze in allen Tätigkeiten, im direkten praktischen Handeln, bei Maßnahmen und in der Interessenvertretung zur Anwendung gebracht werden können“ (Briskman 2009, S. 123f.).

Wenn von Menschenrechten die Rede ist, sind zunächst fast immer – so auch hier – die 30 Artikel gemeint, die als „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ am 10.12.1948 von der Generalversammlung der UN verabschiedet wurden. (vgl. BPB 2009). Wichtig ist, dass auf Grund von UN-Regularien die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte keine unmittelbare Bindungspflicht für die Mitgliedsstaaten der UN entfaltete. Den Charakter rechtsverbindlicher Normen erhielten die Menschenrechte erst mit dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt). Beide Abkommen traten 1976 in Kraft und wurden seitdem in Form verschiedener Erklärungen, Konventionen und Verträge mehrmals genauer definiert (vgl. BMZ 2014). Wenngleich die Menschenrechte eine hohe moralische und politische Bedeutung für Regierungen in aller Welt besitzen, werden sie dennoch in vielen Fällen missachtet. Dies hängt auch mit der schwierigen Einklagbarkeit von Menschenrechten zusammen. Zum einen haben einige Staaten bedeutende Menschenrechtsverträge nicht ratifiziert (vgl. Ziegler 2011, S. 146) und sind dadurch nicht an die entsprechenden Inhalte gebunden, zum anderen sind Menschenrechte nur dann einklagbar, wenn sie direkt durch staatliches Handeln verletzt wurden. Menschenrechtsverletzungen durch einflussreiche Unternehmen können somit beispielsweise nicht auf UN-Ebene eingeklagt werden (vgl. Deutsche UNESCO-Kommission e.V. 2012, S. 5). Umso mehr ist die Stärkung von Menschenrechten daher Aufgabe zivilgesellschaftlicher Institutionen.

Erster Ansatz für menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit wäre, in den einzelnen Staaten den Ratifizierungsstatus sowie die Umwandlung der verschiedenen Menschenrechtsverträge in einklagbares nationales Recht systematisch zu überprüfen, anzumahnen und ggf. politischen Druck auf die jeweiligen Regierungen aufzubauen (vgl. Briskman 2009, S. 123). Da gerade in Entwicklungsländern die Vertreter_innen Sozialer Arbeit oftmals über keine nennenswerte politische Durchschlagskraft verfügen, müssen entsprechende Initiativen global ausgerichtet sein.

Hierbei sollten auch bestehende Netzwerke zu anderen Vertreter_innen der Menschenrechtslobby genutzt bzw. entsprechende Netzwerke auf- und ausgebaut werden.

Als nächster Schritt wäre zu prüfen, inwieweit der unteilbare Verwirklichungsanspruch von Menschenrechten mit den alltäglichen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit vereinbar ist. In einigen Ländern besteht Soziale Arbeit hauptsächlich nur als staatliche oder staatlich kontrollierte Institution, die scharfen organisatorischen, normativen und wirtschaftlichen Restriktionen unterliegt. In einem solchen Umfeld ist die Gefahr groß, dass selbst direkte Maßnahmen Sozialer Arbeit den zentralen Ansprüchen der Menschenrechte zuwiderlaufen (vgl. Briskman 2009, S. 125ff.). Von daher ist eine menschenrechtsorientierte Überprüfung interner Arbeits- und Wirkungsweisen Sozialer Arbeit genauso unerlässlich wie die Überprüfung gesamtgesellschaftlicher Prozesse im Hinblick auf Menschenrechtsfragen. Gegebenenfalls muss darauf hingewirkt werden, dass Soziale Arbeit die Rahmenbedingungen erhält, die zur Umsetzung erfolgreicher Sozialer Arbeit unter Berücksichtigung aller Menschenrechte notwendig sind.

Um den Anspruch, die Menschenrechte als zentrale ethische Grundlage in den Mittelpunkt Sozialer Arbeit zu stellen, zu realisieren, „muss sich jegliches sozialarbeiterisches Handeln an den Prinzipien der Menschenrechte ausrichten“ (Klöttschen et al. 2013). Dies beinhaltet das Benennen von Problemlagen und die Ermittlung von Handlungsbedarf, geeignete Maßnahmen der Intervention und auch die Messung von Erfolg. Für eine konsequente Bezugnahme auf Menschenrechte im Alltag Sozialer Arbeit soll hier exemplarisch der Ansatz von Manuel Arnegger (2008, S. 4f.) genannt werden, welcher sich stark an der systemischen Sozialarbeit orientiert. Für den Analyseprozess zu Beginn einer Maßnahme wird demnach vorgeschlagen, das Vorhandensein bzw. den Mangel von materiellen und immateriellen Grundbedürfnissen aus Sicht der Klient_innen systematisch (z. B. in Form von Genogrammen) zu erfassen. Die Bedürfnisse werden anschließend korrespondierenden Menschenrechten zugeordnet. In einem weiteren Schritt wird auf Grundlage der erfassten Informationen bewertet, wer wann welche Grundbedürfnisse nicht (mehr) (ausreichend) erhält bzw. zur Verfügung stellen kann. Durch Hypothesenbildungen können zudem die Ursachen für erkennbare Probleme erör-

tert werden. Aus den diagnostizierten problematischen Bereichen lassen sich fachlich begründet Interventionsmöglichkeiten ableiten, die als oberstes Ziel haben, Zugang zu Menschenrechten herzustellen, die aktuell verwehrt sind.

Eine menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit eröffnet darüber hinaus Möglichkeiten, Arbeitsfelder Sozialer Arbeit einer veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmung zuzuführen. Mit einem positiven gesellschaftlichen Bewusstsein ist es einfacher, emanzipatorische Ansätze zur Stärkung benachteiligter Gruppen zu entwickeln. Linda Briskman (2009, S. 128f.) stellt dies sehr anschaulich am Beispiel von behinderten Menschen dar. Die bedingungslose rechtliche Gleichstellung behinderter Menschen durch die UN-Behindertenrechtskonvention sorgte dafür, dass Behinderungen nicht mehr nur als individuelle Pathologisierung wahrgenommen wurden, sondern behinderte Menschen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext mit politischen und sozialen Ansprüchen ausgestattet wurden. Gehörlosigkeit wird nicht mehr als Unfähigkeit, sondern als Kultur begriffen. Ähnliche Prozesse, an deren Ende langfristige, verbesserte Lebens- und Strukturbedingungen für benachteiligte Gruppen stehen können, sind auch ohne weiteres für andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern (z. B. HIV-Infizierte, Straßenkinder, Frauen, Schwule, Lesben, Transsexuelle und Prostituierte) denkbar.

5.2 Gemeinwesenarbeit

In Industrienationen befindet sich im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur eine vergleichsweise kleine Gruppe in schwierigen Lebenslagen und ist dadurch auf Dienstleistungen Sozialer Arbeit angewiesen. Darüber hinaus ist Soziale Arbeit in Industrienationen in einem hohen Maße auf bestimmte Klient_innengruppen spezialisiert und fokussiert. Anders stellt sich die Situation in Entwicklungsländern dar. Hier sind breite Bevölkerungsgruppen von schwierigen Lebenslagen betroffen. Die Fokussierung auf individuelle Problemlagen hat daher nicht die gleiche hohe Bedeutung und entsprechend nimmt Gemeinwesenarbeit eine wesentlich zentralere Position bei der Lösung sozialer Probleme ein als in Industrienationen. Da sich die in den letzten Jahrzehnten durchgeführten Hilfszahlungen an Regierungen als nicht effektiv erwiesen, die Armut in Entwicklungsländern entscheidend zu lindern, wird Gemeinwesenarbeit als hoffnungsvolles Instrument in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit betrachtet. Sie könnte das erreichen, was eine hauptsächlich auf finanzieller Hilfe ausgerichtete Entwicklungspolitik nicht zu leis-

ten im Stande war: Maßnahmen zu entwickeln, die große Teile der betroffenen Menschen erfassen und deren Lebensbedingungen unmittelbar und nachhaltig verbessern (vgl. Hemker 2007, S. 88f.).

Zentrales Merkmal von Gemeinwesenarbeit ist, dass sie sich nicht in Form einer pädagogisierenden oder therapeutisierenden Sichtweise am Individuum ausrichtet, sondern kollektive Lösungsstrategien für die Gesamtheit eines Sozialraumes sucht (vgl. Reutlinger 2008). „Unter der aktiven Mitarbeit der Bevölkerung und dem gezielten Einbezug von Institutionen, Organisationen und weiteren Akteuren trägt Gemeinwesenarbeit dazu bei, die Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere jene sozial benachteiligter Gruppen, zu verbessern“ (Bischof et al. 2008, S. 2). Dem Prinzip der Gemeinwesenarbeit wohnt dabei die Annahme inne, dass viele Faktoren, die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen notwendig sind, bereits als Ressourcen im Sozialraum verfügbar sind. Gemeinwesenarbeit ergänzt die bereits vorhandenen Faktoren durch äußere Faktoren (z. B. Know-how, finanzielle und materielle Ressourcen) und trägt dazu bei, die Selbsthilfekräfte innerhalb eines Gemeinwesens durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern. Entsprechend aktiv wird in der vorgenannten Definition auch der Einfluss der Bevölkerung beschrieben. Die Akteure des Sozialraumes selbst sind es, die letztendlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erreichen. Aufgabe professioneller Sozialarbeiter_innen in der Gemeinwesenarbeit ist es,

- Akteure im Sozialraum zu aktivieren, zu mobilisieren und miteinander zu vernetzen,
- strategische Beratungen für alle Akteure anzubieten,
- bei der Planung, Ausführung und Evaluation bestimmter Maßnahmen unterstützend tätig zu werden und
- ggf. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zu betreiben (vgl. Bischof et al. 2008, S. 3f.).

Viele Herausforderungen, denen sich Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern gegenüber sieht, sind nur in interdisziplinären Teams aus mehreren Fachrichtungen zu bewältigen. Daher ist auch intensive Netzwerkarbeit und ein beständiger fachlicher Austausch mit Expert_innen anderer Professionen (z. B. aus der Politik, aus dem Gesundheitswesen oder aus dem landwirtschaftlichen Sektor) notwen-

dig. Um der aktiven Rolle der Bevölkerung beim Realisieren diverser Projekte genug Entfaltung einzuräumen, ist es unerlässlich, die Mitglieder einer Community in Planung, Durchführung und Evaluation zentral einzubeziehen. Definitionen von Problemen und Bedürfnissen sollten aus der Mitte der Community heraus entstehen. So kann garantiert werden, dass Projekte nicht top-down und gegen den mehrheitlichen Willen der Community gestaltet werden, sondern getroffene Entscheidungen von einer breiten Basis mitgetragen werden. Ferner stellt dieser Ansatz sicher, dass spezifisches Wissen (z. B. von Stammesoberhäuptern) bei der Umsetzung von Projekten nicht verloren geht, sondern zur erfolgreichen Gestaltung von Projekten genutzt werden kann. Anspruch von Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Projekte werden so geplant und durchgeführt, dass nachhaltige Strukturen entstehen, die dauerhafte Verbesserungen der Lebensbedingungen bewirken und von der betroffenen Bevölkerung eigenverantwortlich fortgeführt werden können. Entsprechend ist auch kollektive und nachhaltige Wissensvermittlung elementarer Bestandteil erfolgreicher Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern (vgl. Hemker 2007, S. 90).

Als Beispiel für eine systematische Umsetzung von Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern soll hier der vom „Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria“ (GFATM) entwickelte „Community Systems Strengthening Framework“ (CSSF) genannt werden, der zwar mit dem Ziel konzipiert wurde, den Zugang zu Dienstleistungen des Gesundheitssystems zu verbessern, prinzipiell aber auch für alle anderen Bereiche angewandt werden kann, in denen es darum geht, die Entwicklung von Communities zu fördern (vgl. GFATM 2010, S. 7). Der CSSF basiert auf einem zwölfstufigen Plan, in dem zunächst festgestellt wird, in welchen Bereichen Maßnahmen zur Stärkung der Community überhaupt notwendig sind. Anschließend werden auf Grundlage der vorhandenen Ressourcen, Stärken und Schwächen der Community Ziele festgelegt. Diese müssen konkret, messbar, erreichbar, realistisch und zeitgebunden sein. In engem Austausch mit der Community werden anschließend konkrete Maßnahmen erörtert, mit denen die festgelegten Ziele am besten zu erreichen sind. Anschließend werden messbare Indikatoren für eine spätere Messung von Erfolg oder Misserfolg der Maßnahme und anhand des konkreten Maßnahmenplans das Budget für die Maßnahme festgelegt. Während der Maßnahme sowie nach deren Ende werden Fortschritt und Zielerrei-

chung evaluiert und ausgewertet. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden notwendige Interventionen und Projektimpulse für die Zukunft abgeleitet (vgl. ebd., S. 32ff.).

Die Tätigkeitsfelder und Projekthalte von Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern sind sehr vielfältig und gehen dabei deutlich über den fachlichen Rahmen Sozialer Arbeit hinaus, weshalb für Gemeinwesenarbeit in Entwicklungsländern der vorgenannte interdisziplinäre Austausch Grundvoraussetzung ist. Beispiele für konkrete Projekte sind Beschäftigungsprogramme für benachteiligte und/oder diskriminierte Bevölkerungsgruppen, Bildungs- und Trainingszentren (vgl. Hemker 2007, S. 140ff.), Immunisierungs- und Aufklärungskampagnen, Initiativen zur Konfliktbewältigung, die Etablierung nachhaltiger Wasser- und Abfallsysteme sowie das Unterstützen und Mittragen sozialpolitischer Initiativen (vgl. Estes 1997, S. 6).

6 Soziale Arbeit im Kigamboni Community Centre in Dar Es Salaam, Tansania

6.1 Untersuchungsgegenstand und Vorgehensweise

Nachfolgend werde ich an einem konkreten Fallbeispiel untersuchen, inwieweit die aus Abschnitt 5 erlangten Kenntnisse zur Handlungsweise Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern in der Praxis zutreffen. Ich habe mich bei der Wahl des Praxisbeispiels für das Kigamboni Community Centre (KCC) in Dar Es Salaam, Tansania entschieden, weil es in einem Entwicklungsland liegt und somit relevant für die vorliegende Arbeit ist, mir durch mehrere private Aufenthalte bereits vor dem Verfassen dieser Arbeit die gesellschaftliche und soziale Struktur von Tansania, Dar Es Salaam und insbesondere Kigamboni zumindest grob bekannt war und das KCC über eine sehr informative Webpräsenz (<http://kccdar.com>) verfügt, welche sich für das Einholen erster Informationen und die Vorbereitung der Untersuchung als sehr nützlich erwies.

Im ersten Schritt der Untersuchung werde ich auf Grundlage vorhandener Literatur die soziale und gesellschaftliche Situation von Tansania, Dar Es Salaam und Kigamboni darstellen. Anschließend werde ich die Rahmenbedingungen für Soziale Arbeit in Tansania beleuchten. Grundlage hierfür ist ein leitfadengestütztes Experteninterview per Email (vgl. Anlage 3) mit Meinrad Lembuka, Verwaltungsbeamter bei der Tanzania Association of Social Workers (TASWO), dem Dachverband So-

zialer Arbeit in Tansania. Danach werde ich ausführlich auf das Tätigkeitsfeld des KCC eingehen. Hierzu habe ich per Telefongespräch ein leitfadengestütztes Experteninterview (vgl. Anlage 4) mit Kondo Rashid, Mitarbeiter beim KCC geführt und ergänzende Informationen der Homepage des KCC entnommen. Die gewonnenen Erkenntnisse der Untersuchung werden anschließend bewertet, diskutiert und zusammengefasst.

6.2 Tansania, Dar Es Salaam und Kigamboni

Tansania liegt in Ostafrika, knapp unterhalb des Äquators am Indischen Ozean. Bekannt ist Tansania vor allem auf Grund seiner drei touristischen Hauptattraktionen: der Serengeti, dem Kilimandscharo-Massiv und der Inselgruppe von Sansibar. Es unterliegt tropischen Wetterbedingungen, ist 947.300 km² groß und hat ca. 48 Millionen Einwohner. Das Land ist damit wesentlich größer, aber auch bevölkerungsärmer als Deutschland. Anzumerken ist jedoch, dass die Bevölkerungszahl schnell und stark ansteigt und das Durchschnittsalter in der Bevölkerung lediglich 17 Jahre beträgt. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Tansania beträgt ca. 60 Jahre, wird in den nächsten Jahren auf Grund zahlreicher Aidserkrankungen aber deutlich abnehmen. Die HIV-Infektionsrate unter der erwachsenen Bevölkerung liegt bei 5,6%. 45 von 1.000 Neugeborenen sterben innerhalb des ersten Lebensjahres, 16,7% aller Kinder unter fünf Jahren sind untergewichtig und 21% aller Kinder zwischen fünf und 14 Jahren müssen Kinderarbeit verrichten (vgl. CIA 2013, zu den genauen Definitionen der einzelnen Parameter vgl. CIA 2014). 36% der tansanischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (vgl. KCC 2013a). Im weltweiten Vergleich liegt Tansania bei all diesen Werten im hinteren Drittel, flankiert von anderen Entwicklungsländern. Nach dem Besuch der Grundschule ist der Schulbesuch in Tansania mit der Entrichtung von Schulgebühren verbunden, welche sich viele Familien nicht leisten können. Dadurch verfügen viele Tansanier über keine oder nur über eine sehr kurze Schulbildung (vgl. KCC 2013h). Die Analphabetenrate liegt bei knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung, unter Frauen bei ca. 40 % (vgl. CIA 2013).

Tansania wurde 1964 als Zusammenschluss der beiden Teilrepubliken Tanganjika und Sansibar gegründet, welche beide kurz zuvor ihre Unabhängigkeit und somit das Ende ihrer kolonialen Vergangenheit feiern konnten. In den folgenden Jahren wurde unter planwirtschaftlichen und sozialistischen Gesichtspunkten die soge-

nannte „Ujamaa-Politik“² betrieben. Zwar konnten infolge dessen beachtliche Erfolge beim Zugang zu Bildung verzeichnet werden, die tansanische Wirtschaft geriet zugleich jedoch in eine schwere Krise. Auch auf außenpolitischen Druck hin wurde Mitte der 1980er Jahre ein Politikwechsel umgesetzt. Seitdem entwickelt sich das Land unter marktwirtschaftlichen Prinzipien und kann enorme wirtschaftliche Wachstumsraten verbuchen. Die sozialen Unterschiede im Land sind mit dem politischen Kurswechsel allerdings wieder größer geworden. Nur eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe kann vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren (vgl. Scheidtweiler 2013). Die Staatsverschuldung Tansanias ist wie in allen Entwicklungsländern sehr hoch, gleichzeitig verfügt das Land aber auch über große Bodenvorkommen, z. B. an Gold und Zinn. Haupteinnahmequellen sind die Goldproduktion und der Tourismus. Insbesondere China investiert massiv in die tansanische Infrastruktur (vgl. CIA 2013).

Die politischen Verhältnisse Tansanias sind relativ stabil. Das Land vereint viele unterschiedliche Ethnien und ist multireligiös geprägt. Als verbindendes Element dient die Landessprache Suaheli, die übergreifend von allen Bevölkerungsgruppen und auch über die Landesgrenze hinaus gesprochen und verstanden wird. Im Vergleich zu vielen anderen Entwicklungsländern verfügt die tansanische Regierung über eine hohe demokratische Legitimation. Dennoch wird auch Tansania massiv von Korruption geplagt und im Rahmen von Wahlen kommt es vor allem auf Sansibar immer wieder zu Unregelmäßigkeiten. Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen finden in Tansania ebenfalls statt, vor allem gegen Albinos (vgl. Scheidtweiler 2013), Schwule und Lesben. Homosexualität ist in Tansania strafbar. Die Todesstrafe besteht in Tansania noch, wird seit einigen Jahren aber nicht mehr vollstreckt (vgl. Amnesty International 2014).

Dar Es Salaam, direkt am Indischen Ozean gelegen, ist die mit Abstand größte Stadt Tansanias. Sie stellt das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes dar, ist zentraler Verkehrsknotenpunkt, Regierungssitz und war bis 1974 Landeshauptstadt (vgl. KCC 2013a). Dar Es Salaam zählt zu den am schnellsten und stärksten wachsenden Großstädten der Welt. Die Bevölkerungszahl der Stadt wird von knapp über zwei Millionen Menschen im Jahr 2000 auf ca. sieben Millionen Einwohner im Jahr 2025 ansteigen. Dabei siedeln sich die Menschen vor allem in

² Übersetzung von „Ujamaa“: in etwa „Familie“ oder „Gemeinschaft“ bzw. „Familien- oder Gemeinschaftssinn“.

den Außenbezirken der Stadt an, wo große Slumgebiete mit schlechten hygienischen Bedingungen entstehen (vgl. Boyle 2012). Viele Menschen aus ländlichen Gebieten erhoffen sich, in der größten Metropole des Landes Arbeit und somit ein besseres Leben zu finden, für viele bleibt diese Hoffnung jedoch unerfüllt. Dadurch ist insbesondere Obdachlosigkeit ein großes Problem in den Außenbezirken Dar Es Salaams. Die Anzahl von Straßenkindern in Dar Es Salaam wird auf ca. 3.000 geschätzt (vgl. KCC 2013b).

Kigamboni ist ein Stadtteil Dar Es Salaams im Südosten der Stadt. Er liegt auf einer Landzunge zwischen Hafenbucht und Indischem Ozean und ist bisher nur über eine Fährverbindung mit dem Stadtzentrum verbunden. Charakteristisch für Kigamboni sind seine vergleichsweise geringe Bevölkerungs- und Bebauungsdichte sowie die sozial gemischte Bevölkerungsstruktur. Darüber hinaus hat der Stadtteil auch eine touristische Relevanz. An der Küstenlinie befinden sich mehrere Hotelanlagen (vgl. KCC 2013a). Da die jetzige Infrastruktur Dar Es Salaams den stetigen Bevölkerungszug nicht mehr dauerhaft bewältigen kann, sollen der Zugang zu Kigamboni und dessen Infrastruktur im Zuge eines Stadtentwicklungsprogramms in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden (vgl. Kilyinga 2013).

6.3 Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit in Tansania³

Nach dem Ende des Kolonialismus wurden in Tansania die importierten Organisationsstrukturen Sozialer Arbeit übernommen. Diese werden von der tansanischen Regierung bis heute aufrechterhalten. Der Großteil professioneller Sozialer Arbeit in Tansania wird durch administrative Zugänge und nicht durch gemeinwesenorientierte Ansätze realisiert. Entsprechend sind auch die meisten qualifizierten Sozialarbeiter_innen Tansanias in staatlichen oder lokalen Verwaltungen beschäftigt. Auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen in ländlichen Gebieten sind darüber hinaus die meisten Sozialarbeiter_innen im Umfeld der großen Städte Tansanias tätig. Dies führt dazu, dass speziell in den ländlichen Gebieten des Landes der Großteil der Bevölkerung von den unterschiedlichen staatlichen Dienstleistungen Sozialer Arbeit nicht erreicht wird. Private Initiativen mit dem Ziel, soziale Problemlagen in Tansania zu lösen bzw. zu verbessern, sind zwar auch zahlreich im Land vertreten, verfügen jedoch meist nicht über qualifiziertes Fachpersonal. Ausnah-

³ Die meisten Aussagen dieses Abschnittes entstammen dem Experteninterview per Email mit Herrn Lembuka von der TASWO (vgl. Anlage 3).

men stellen hier meist lediglich die international tätigen Nichtregierungsorganisationen dar. Aber auch auf lokaler Verwaltungsebene sind viele Mitarbeiter_innen, die Dienstleistungen Sozialer Arbeit anbieten, nicht qualifiziert ausgebildet. Dieser Umstand wird als großes Problem angesehen. Wenngleich die Zahl qualifizierter Sozialarbeiter_innen in Tansania steigt, fehlen landesweit immer noch ca. 3.000 Sozialarbeiter_innen, um einen flächendeckenden Zugang zu Dienstleistungen professioneller Sozialer Arbeit zu schaffen. Das Berufsbild Sozialer Arbeit ist in Tansania relativ unbekannt und nur wenige Hochschulen bieten eine qualifizierte Ausbildung an.

Als zentrales Hindernis für eine positive Fortentwicklung der Profession Sozialer Arbeit in Tansania wird das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage betrachtet, welche klare Tätigkeitsfelder, Ausbildungs- und Dienstleistungsstandards Sozialer Arbeit in Tansania definiert. Auch die einzelnen Zuständigkeiten sowie die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Akteuren im Feld der Sozialen Arbeit sind nur unzureichend formuliert. Dadurch sind die derzeitigen Handlungen im Bereich Sozialer Arbeit uneinheitlich und oftmals auch ineffektiv.

Die zentralen Zielvorgaben für die fachliche Ausrichtung Sozialer Arbeit in Tansania in den nächsten zehn Jahren werden von der TASWO wie folgt definiert:

- “To bring together professional Social Workers of different professional sub-cultures;
- To encourage and support the participation of Social Workers in social, economic and culture planning and implementation;
- [...] To participate in the building and safeguarding community-centred values and development” (Lembuka 2013, Anlage 3).

6.4 Das Kigamboni Community Centre⁴

Das 2009 offiziell gegründete Kigamboni Community Centre (KCC) „offers services to hundreds of community members on a daily basis” (KCC 2013c). Die zentrale Mission des KCC besteht in der Beseitigung von Armut “through commu-

⁴ Sofern nicht anders angegeben, entstammen die Aussagen dieses Abschnittes dem Gesprächsprotokoll zum leitfadengestützten Experteninterview mit Herrn Rashid, Mitarbeiter des KCC (vgl. Anlage 4).

nity-led social & economic development, by bringing people together to support each other through sharing of their knowledge, passion, creativity and skills” (KCC 2013d). Die Community besteht für das Aktivitätsfeld des KCC in der Nachbarschaft des Stadtteils Kigamboni. Als wichtigster Schlüssel zur Beseitigung von Armut wird der Zugang zu Bildung angesehen. “A significant number of challenges in the community exist simply as a result of a lack of education or access to important information” (KCC 2013e).

Derzeit arbeiten 27 Menschen im KCC, davon sieben in Vollzeit und 20 in Teilzeit. Das Team ist interdisziplinär zusammengesetzt und besteht aus Lehrer_innen, Buchhalter_innen und einem ausgebildeten Sozialarbeiter. Das Tätigkeitsfeld des KCC wird in die fünf Bereiche Education, Community Outreach, Talent Development, Vocational Training und Enterprise unterteilt (vgl. KCC 2013f). Entsprechend des zentralen Ansatzes, Armut über den Zugang zu Bildung zu überwinden, dient ein Großteil der sozialen Dienstleistungen im KCC der Wissensvermittlung. Angeboten werden unter anderem Vor- und Grundschulbildung, Nachhilfe, Englisch sowie Computerunterricht (vgl. KCC 2013g). Alle Angebote werden kostenfrei angeboten (vgl. KCC 2013h). Darüber hinaus werden mit Sponsorengeldern Stipendien für die Sekundarausbildung bereitgestellt (vgl. KCC 2013m). Besondere Bedeutung im Konzept des KCC hat die individuelle, talentbezogene Förderung von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen des „Talent Development Programme“ des KCC wird hierzu eine Vielzahl von Kursen angeboten, unter anderem in den Bereichen Akrobatik, Schauspiel, Fußball, Kunst und Musik (vgl. KCC 2013i).

Obwohl die Programmpunkte mehrheitlich auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnitten sind, ist sich das KCC bewusst, dass eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in der Community nur erreicht werden kann, wenn auch Erwachsene an den Maßnahmen zur Förderung des Gemeinwerts partizipieren. Aus diesem Grund wurde im KCC das „Community Education and Empowerment Programme“ initiiert. Ziel ist, einerseits einen dauerhaften Zugang zu Informationen und Bildung für Erwachsene herzustellen, andererseits aber auch die Zusammenarbeit und kollektive Ideen- und Lösungssuche innerhalb der Community bei komplexen Problemen zu fördern und so die Mitglieder der Community langfristig zu befähigen, Probleme mit den eigenen Ressourcen zu lösen (vgl. KCC 2013e). Ein weiterer praktischer Beitrag des KCC zur Förderung

des Gemeinwesens ist die „Mobile Library“, die in der Regel jeden Freitag angeboten wird und allen Mitgliedern der Community zur Verfügung steht (vgl. KCC 2013j).

Neben der nicht zielgruppenspezifischen, gemeinwesenorientierten Arbeitsweise des KCC besteht derzeit ein von der UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund) gefördertes Programm, welches die Rehabilitation jugendlicher Straftäter_innen zum Ziel hat. In Abhängigkeit von der begangenen Tat verrichten die Jugendlichen Tätigkeiten im KCC und umgehen dafür die Verbüßung einer Haftstrafe. Zudem sollen zukünftig Unterkunftsplätze für obdachlose Kinder und Jugendliche im KCC vorhanden sein. Dieses Projekt befindet sich momentan in der Finanzierungsphase (vgl. KCC 2013n), so dass obdachlose Kinder und Jugendliche aktuell noch weitervermittelt werden müssen. Oftmals kommen die Kinder und Jugendlichen tagsüber dennoch zur Freizeitgestaltung ins KCC, übernachten aber in anderen Einrichtungen.

Während das KCC zur Deckung seiner Fixkosten auf die Unterstützung der tansanischen Regierung, vor allem aber auf private Sponsoren angewiesen ist, werden die laufenden Kosten der einzelnen Projekte eigenständig vom KCC finanziert, durch die Durchführung von Exkursionen oder Safaris, den Verkauf handgefertigter Produkte, die in der alltäglichen Arbeit des KCC entstehen⁵, die Aufführung verschiedener Shows und Taxidienstleistungen (vgl. KCC 2013k). Mit dem erfolgten Kauf neuer Landfläche ist zudem zukünftig geplant, eigene landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verkaufen (vgl. KCC 2013l). Diese interne Finanzierungspolitik des KCC stellt sicher, dass Projekte, sobald sie etabliert werden konnten, nicht mehr abhängig von externen Finanzierungsquellen sind (vgl. KCC 2013k).

Regelmäßige Supervisions- oder Weiterbildungsangebote stehen für das Team des KCC nicht zur Verfügung. Allerdings veranstaltet das KCC zusammen mit anderen Trägern sozialer Dienstleistungen regelmäßig Workshop-Veranstaltungen zu bestimmten Themen, in deren Rahmen dann Erfahrungsaustausche erfolgen. Ähnliches gilt für die langfristige Planung und die Strategieentwicklung des KCC. Diese erfolgen fast ausschließlich auf Grundlage der Erfahrungen, die in der tägli-

⁵ 60% der Erlöse verbleiben dabei beim KCC, 40% stehen der bzw. dem Jugendlichen, der/die das Produkt hergestellt hat, zur freien Verfügung.

chen Arbeit im KCC gesammelt werden. Es ist jedoch geplant, mit sechs anderen Trägern aus dem Großraum Dar Es Salaam ein Netzwerk aufzubauen, in dem eine langfristige, strategische Ausrichtung der gemeinsamen Aktivitäten erfolgen soll. Diese Planungen stehen allerdings noch ganz am Anfang.

Ein Indikator für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Arbeit des KCC ist das Wachstum, welches die Organisation in den letzten Jahren genommen hat. Man startete mit sehr wenigen Kindern und geringen finanziellen Ressourcen. Mittlerweile ist das KCC regelmäßiger zentraler Anlaufpunkt für ca. 250 Kinder und Jugendliche. Das Angebot wurde und wird ständig ausgebaut und inzwischen besteht auch ein großes Netz von Unterstützer_innen aus aller Welt. Die Tatsache, dass die Kinder und Jugendlichen mit viel Freude den Angeboten und Aktivitäten beiwohnen und die absolute Zahl der beteiligten Kinder und Jugendlichen konstant ansteigt, wird als Indiz gesehen, dass die Angebote des KCC erfolgreich sind. Darüber hinaus wird als zentrales Instrument der Angebotsentwicklung das direkte Feedback der Kinder und Jugendlichen verwendet.

6.5 Zusammenfassung und Auswertung

Nicht alle Aspekte, die charakteristisch für Soziale Arbeit in Entwicklungsländern sind, konnten am Beispiel des KCC beleuchtet werden. Dies ist jedoch kein Hinweis auf mangelnde fachliche Professionalität des KCC, sondern vielmehr den Bedingungen und den Aufgabenbereichen geschuldet, in deren Rahmen sich das KCC bewegt. Das KCC stellt also kein Abbild für die Gesamtheit aller Wesensmerkmale Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern, sondern einen authentischen Ausschnitt praktizierter Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern dar.

Obwohl die Arbeitsprinzipien des KCC nicht so ausführlich konzipiert sind und evaluiert werden wie z. B. bei deutschen Organisationen Sozialer Arbeit, leistet das KCC dennoch professionelle Soziale Arbeit und somit einen entscheidenden Beitrag für eine langfristige Steigerung der Lebensqualität im Sozialraum Kigamboni. Dies ist umso mehr erstaunlich, als dass es nur einen qualifizierten Sozialarbeiter im Team des KCC gibt. Der methodische Schwerpunkt im Tätigkeitsfeld des KCC liegt dabei klar auf der Gemeinwesenarbeit. Dies spiegelt sich sowohl in den Zielvorstellungen des KCC als auch im Spektrum der angebotenen sozialen Dienstleistungen wieder, welche sich vordergründig nicht an spezielle Kli-

ent_innengruppen richten, sondern die ganzheitliche Verbesserung der Lebensbedingungen in der Community zum Ziel haben. Der Anspruch des KCC, neben der sozialen auch die wirtschaftliche Entwicklung der Community zu fördern, deckt sich mit den Arbeitsaufträgen für Soziale Arbeit in Entwicklungsländern, wie sie im Abschnitt 5 dargestellt sind. Mit der Umsetzung eines gemeinwesenorientierten Ansatzes stellt sich das KCC auch dem Trend der staatlich organisierten Sozialen Arbeit Tansanias entgegen, wo Gemeinwesenarbeit bisher kaum angewandt wird.

Inwieweit sich die Arbeit des KCC auf die Erreichung des übergeordneten Zieles, Armut (in Kigamboni) zu überwinden, auswirkt, lässt sich nicht sagen, da entsprechendes Zahlenmaterial, welches hierzu Aufschluss geben könnte, nicht vorliegt. Der positive Einfluss des KCC auf die Lebensbedingungen vieler Menschen in Kigamboni lässt sich allerdings auch ohne quantifizierte Messergebnisse kaum leugnen. Durch Wissensvermittlung und Talentförderung erhöht sich die Chance insbesondere für junge Menschen im Sozialraum, später eine Anstellung mit regelmäßigem Einkommen zu finden und somit der Armutsspirale zu entkommen. Darüber hinaus werden die Fähigkeiten der Communitymitglieder zur Selbsthilfe gefördert.

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen, unter denen das KCC arbeitet, nicht mit denen Sozialer Arbeit in Industrienationen vergleichen lassen, so bestehen doch Gemeinsamkeiten bei einigen methodischen Zugängen. Die Aktivierung und Vernetzung der Bevölkerung findet beispielsweise ebenso im Rahmen stadtteilbezogener Sozialarbeit in Deutschland statt. Auch die Rehabilitation junger Straftäter_innen durch die Verrichtung von Tätigkeiten zum Wohle des Gemeinwesens wird ähnlich ausgestaltet wie im Konzept der Sozialstundenverrichtung in Deutschland.

Die Frage, inwieweit die Mitglieder der Community in Bedarfsfeststellung, Projektplanung und -durchführung einbezogen werden, konnte im Rahmen der Untersuchung nicht eindeutig geklärt werden. Den einzigen Anhaltspunkt hierfür stellt das große Interesse der Community an den Aktivitäten des KCC (gemessen an der Zahl von Kindern und Jugendlichen, die die Angebote regelmäßig in Anspruch nehmen) dar. Dies spricht zwar deutlich dafür, dass das Angebot des KCC den Wünschen vieler Menschen innerhalb der Community entspricht, sagt aber nichts

über das Maß der Beteiligung bei Entscheidungsfindungen aus. Auch die Anwendung menschenrechtsorientierter Ansätze in der täglichen Arbeit des KCC konnte im Rahmen der Untersuchung nur teilweise geprüft werden. Einerseits lässt sich eindeutig feststellen, dass die Angebote des KCC die Menschenrechtssituation insbesondere für Kinder und Jugendliche verbessern (konkret durch Gewährleistung des Rechts auf Bildung entsprechend Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, vgl. BPB 2009). Andererseits bleibt offen, inwieweit das KCC seine Maßnahmen bewusst und systematisch an Menschenrechtsprinzipien ausrichtet. Um detailliertere Antworten und Informationen zu diesen Aspekten zu erhalten, wären noch konkretere Fragestellungen in den Interviewleitfäden notwendig gewesen.

Hinsichtlich der gewählten Interviewformen haben rückblickend beide Varianten sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich gebracht. Im leitfadengestützten Experteninterview, welches ich per Telefongespräch mit Herrn Rashid vom KCC führte, konnte ich auf die Antworten meines Gesprächspartners flexibel reagieren und auf erhaltene Antworten direkt Bezug nehmen. Zudem konnten durch stimmliche Betonungen die einzelnen Bedeutungen bestimmter Sachverhalte hervorgehoben werden. Auf Grund des unmittelbaren Sprachkontaktes ohne zeitliche Verzögerung entstand eine authentische Gesprächsatmosphäre. Da das Gespräch von beiden Seiten jedoch in einer Fremdsprache geführt werden musste, konnten sowohl Fragen als auch Antworten nicht so präzise formuliert werden wie gewünscht. Das leitfadengestützte Experteninterview per Email mit Herrn Lembuka von der TASWO ermöglichte es dagegen beiden Seiten, die jeweiligen Aussagen sehr präzise darzulegen. Darüber hinaus erhielt ich in der sehr umfassenden Antwort von Herrn Lembuka zahlreiche Zusatzinformationen, die mir im Rahmen eines Telefongespräches wahrscheinlich nicht zu Teil geworden wären. Spontane Antworten und die Übermittlung authentischer Emotionen (beispielsweise durch Sprachtempo oder Betonung) konnten mit der gewählten Interviewform allerdings nicht sichergestellt werden.

7 Schlussbetrachtungen

Ausgehend von der Darstellung der sozialen und gesellschaftlichen Situation in Entwicklungsländern konnte erfolgreich nachgewiesen werden, dass sich die Arbeitsfelder Sozialer Arbeit in Entwicklungsländern deutlich von denen in Industrie-

nationen unterscheiden. Während der Auftrag Sozialer Arbeit in Industrienationen vor allem darin besteht, die Lebenslagen bestimmter Klient_innengruppen zu verbessern, entwickelt und verbessert Soziale Arbeit in Entwicklungsländern zusammen mit anderen Professionen die soziale und wirtschaftliche Situation breiter Bevölkerungsgruppen. Das Tätigkeitsfeld reicht dabei weit in die Bereiche anderer Sektoren hinein, so dass interdisziplinäre Zusammenarbeit Voraussetzung für die Entwicklung sozialer Vorhaben ist. Da andere Institutionen politischer Interessensvertretung in Entwicklungsländern meist fehlen oder nur wenig Einfluss haben, ist die (sozial-)politische Dimension Sozialer Arbeit hier wesentlich bedeutender als in Industrienationen. Auch die informellen sozialen Sicherungssysteme der Familien und Communities nehmen in Entwicklungsländern eine zentralere Rolle ein als in Industrienationen. Zielstellung für Soziale Arbeit in Entwicklungsländern muss es demnach sein, Sicherungssysteme der Familien und Communities zu verstehen, bei allen Planungen entscheidend zu berücksichtigen und dadurch schließlich sinnvoll zu unterstützen. Dies erfordert zwingend eine hohe Beteiligung von Familien und Communities bei der Etablierung neuer Projekte.

Mit der Gemeinwesenarbeit sowie dem menschenrechtsorientierten Ansatz Sozialer Arbeit wurden zwei vielversprechende Ansätze für Soziale Arbeit in Entwicklungsländern vorgestellt. Interessant ist, dass beide Ansätze nicht in Entwicklungsländern, sondern in Industrienationen formuliert wurden (vgl. Arnegger 2008, S. 1 sowie Reutlinger 2008). Die Annahme, dass sämtliche Modelle Sozialer Arbeit, welche aus Industrienationen stammen, bei der Anwendung in Entwicklungsländern automatisch unbrauchbar werden, ist also nicht zutreffend. Wohl aber ist es notwendig, die unterschiedlichen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Entwicklungsländern bei der Umsetzung sozialer Dienstleistungen zu berücksichtigen. Das wurde in der Ära des Kolonialismus nicht getan und deshalb haben sich die importierten Konzepte bei ihrer Anwendung auch als unwirksam erwiesen. Am praktischen Beispiel der Gemeinwesenarbeit im KCC konnte jedoch belegt werden, dass mit Konzepten aus Industrienationen auch in Entwicklungsländern tragfähige Lösungen geschaffen werden können. Die Ansätze zur Rehabilitation junger Straftäter_innen sind ebenfalls vergleichbar. Gleichwohl konnten aber auch innovative Herangehensweisen dokumentiert werden, die für Soziale Arbeit in Industrienationen bisher relativ unbekannt sind (z. B. die Generierung finanzieller Mittel durch Verkaufserlöse). Soziale Arbeit muss bei ihrer Umsetzung in Entwick-

lungsländern also nicht neu erfunden, sondern nur den lokalen Rahmenbedingungen angepasst werden. Sie kann auf Grundlage globaler, universeller Prinzipien soziale Probleme in unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Kontexten lösen, wenn man lokale und kulturelle Besonderheiten in die jeweiligen Lösungsentwürfe einbezieht. Für die Zukunft bietet die Vielzahl unterschiedlicher Umsetzungsvarianten von Methoden der Sozialen Arbeit dabei sowohl für Entwicklungs- als auch für Industrienationen ein großes Potential zur fachlichen Weiterentwicklung. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden, partnerschaftlichen Dialogs kann jeweils vom Wissen der anderen Seite profitiert werden.

Anlagen

Anlage 1: Interviewleitfaden TASWO

Anlage 2: Interviewleitfaden KCC

Anlage 3: Experteninterview per Email: Antwort von Herrn Meinrad Lembuka, Verwaltungsbeamter der TASWO, vom 17.12.2013 auf Grundlage des zuvor versendeten Leitfadens

Anlage 4: Gedächtnisprotokoll zum Experteninterview mit Herrn Kondo Rashid, Mitarbeiter beim KCC

Anlage 1

Interviewleitfaden TASWO

1. What are the biggest challenges and difficulties for social work in Tanzania?
2. How many qualified social workers work in Tanzania? How many social workers are needed? Are there differences between the rural areas and the big cities of the country concerning this matter? If yes, what are the situations in the particular regions?
3. In what extent do the single social work organizations of Tanzania cooperate? What are the subjects of cooperation and how intensively are they practiced?
4. Are there common agreements among the leading organizations of social work in Tanzania regarding the main principles of social work in the country? Does a central strategy plan exist to improve the situation in the entire country? If yes, how do they look like?
5. Do you cooperate with international organizations of social work, such as IASSW and IFSW? If yes, with which organizations and how does the cooperation look like?
6. What influence on the development of social work services in Tanzania has the government of Tanzania? In what extent does the government of Tanzania run own organizations that provide social work services? Are there possibilities for non-governmental organizations (NGO's) to obtain support from the Tanzanian government? If yes, what kind of support?
7. In what extent are you informed about recent developments of social work in Tanzania, for example if an urgent need for assistance emerges or if new implementations of social work take place in a particular region?

8. What do you consider as the most important approach to durably improve the social situation in Tanzania and the life of its people? What specific actions must be undertaken according to this approach?
9. What are the goals of your organization and for social work in Tanzania generally for the next 10 years?

Anlage 2

Interviewleitfaden KCC

1. How many people are part of the KCC Team? How many of them work full-time within the projects and how many of them part-time? How many other people (e. g. volunteers, supporters) are involved in average?
2. What are the educational backgrounds of the people who work in your organization? How many people of the KCC Team have been qualified as a social worker and what degree do they hold?
3. Are there possibilities for you and your colleagues to obtain exchange of experiences, supervision/coaching or further trainings? If yes, what possibilities?
4. Do you cooperate with other organizations of social work in Kigamboni, Temeke, Dar Es Salaam or Tanzania? If yes, with what organizations and how does the cooperation look like? Do you have common agreements regarding the main principles of your work or does a central strategy plan exist to improve the situation in the entire region? If yes, how do they look like?
5. To what extent do you deal with government institutions in order to run your organization? Do you receive any support from the Tanzanian government?
6. What are the most important financial sources of your work?
7. What do you consider as the most important approach to durably improve the life situations of the children and young adults of Kigamboni? What specific actions according to this approach do you undertake in your daily work?
8. What are the biggest challenges for your daily work? What are the main difficulties for reaching your goals?

9. How do you evaluate the success and sustainability of your work and projects? Are there available parameters that indicate you whether a project led to the desired results?
10. In what extent do you also care for specific client groups, such as drug abusers, people suffering mental illness, HIV-infected people or young offenders? Do you cooperate with expert advice centers that deal only with particular groups as mentioned above?
11. What problems would you consider yourself as the limit of your ability to help? Can you imagine situations which force you to admit that you cannot help? If yes, what kind of situations are these? And what do you consider as success of your work?
12. What are the goals of your organization for the next 10 years?

Anlage 3

Experteninterview per Email: Antwort von Herrn Meinrad Lembuka, Verwaltungsbeamter der TASWO, vom 17.12.2013 auf Grundlage des zuvor versendeten Leitfadens

Die Fragen des zuvor von mir versendeten Leitfadens (Anlage 1) sind zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit fett formatiert. Die nicht fett formatierten Textelemente sind die Äußerungen von Herrn Lembuka. Mit der Veröffentlichung seiner Aussagen sowie seines Namens erklärte sich Herr Lembuka in einem vorher geführten Telefonat einverstanden.

1) What are the biggest challenges and difficulties for social work in Tanzania?

- There is no social work Act/law and Social work council
- Few social work education schools i.e only 3 institutions that provide BSW and the rest 4 provide DSW and CSW
- We have 5 PHD in Social Work only all over the country

2) How many qualified social workers work in Tanzania?

We have social welfare officers under the central Governement about 350 to 380

How many social workers are needed?

We need 3000 social workers to strengthen the SW workforce in the country.

Are there differences between the rural areas and the big cities of the country concerning this matter?

Most of social workers are in towns due to poor working conditions in Rural areas.

If yes, what are the situations in the particular regions?

3) In what extent do the single social work organizations of Tanzania cooperate? What are the subjects of cooperation and how intensively are they practiced?

4) Are there common agreements among the leading organizations of social work in Tanzania regarding the main principles of social work in the country? Does a central strategy plan exist to improve the situation in the entire country? If yes, how do they look like?

5) Do you cooperate with international organizations of social work, such as IASSW and IFSW? If yes, with which organizations and how does the cooperation look like?

In Tanzania we have Tanzania Association of Social workers (TASWO) which is a member of IFSW and also we are working together with National Association of Social Workers (NASW) of USA.

6) What influence on the development of social work services in Tanzania has the government of Tanzania?

In Tanzania Social work is not a political agenda rather than western practice but TASWO is conducting an advocacy and public awareness to address the same.

In what extent does the government of Tanzania run own organizations that provide social work services?

The Government mostly inherited the Social work organizations from the colonial power and maintain them.

Are there possibilities for non-governmental organizations (NGO?s) to obtain support from the Tanzanian government?

Yes its very possible for the NGOs, CBOs, to receive financial and material support from the Government.

7) In what extent are you informed about recent developments of social work in Tanzania, for example if an urgent need for assistance emerges or if new implementations of social work take place in a particular region?

There are no clear link between the Government Social Welfare officers and SW Departments with Social workers in time of emergencies as there is no Act that link them.

8) What do you consider as the most important approach to durably improve the social situation in Tanzania and the life of its people? What specific actions must be undertaken according to this approach?

-We need to develop the Social Work Act that will lead to formulation of Social Work Council to regulate the Social Work Services in Tanzania

9) What are the goals of your organization and for social work in Tanzania generally for the next 10 years?

a) To Stimulate, foster and promote the growth of Social Work as a professional vocation within Tanzania;

(b) To bring together professional Social Workers of different professional sub-cultures;

(c) To encourage and support the participation of Social Workers in social, economic and culture planning and implementation;

(d) To facilitate and promote the continued professional development of Social Workers in Tanzania;

(e) To act as a liaison body with national, regional and international associations involved in furthering social work professional interests;

(f) To participate in the building and safeguarding community-centred values and development;

(g) To be a member of any related National/International Associations within or outside Tanzania whose objectives are similar or ancillary to the objectives of TASWO.

Please find some narrated information that may help your thesis:

Currently, professionally trained social workers with at least Advanced Diploma or Bachelor's in Social Work in Tanzania work in the Department of Social Welfare (DSW), Local Government Authorities, Non-Governmental Organizations and International Organizations (United Republic of Tanzania: Department of Social Welfare, 2007). Fundamentally, social workers have a professional duty to help vulnerable populations in our communities resolve their personal and social problems

and promote social justice. Despite the long history of practice, sensitivity and vulnerability of the populations being served, there exists no statutory authority to regulate and maintain professional standards of social work training and practice in Tanzania. With the increasing number of professional social workers and social work agencies, the need to have a regulatory body of social work practice and training in Tanzania is even more crucial to date than before.

The Ministry of Health and Social Welfare (MoHSW) in collaboration with Tanzania Social Workers Association (TASWA) undertakes to establish a regulatory authority of the social work profession in the country. This will be done with the clear aim of improving both within social services delivery and in education and training. Improvement of services that clients receive can be achieved through proper training and employment of qualified practitioners that function within the accountability of expected professional standards. Competent social work practitioners and supportive social welfare infrastructure are critical in the mitigation of the complex social problems that confront our people, such as HIV/AIDS, orphans and vulnerable children (OVC) and poverty.

The Ministry of Health and Social Welfare believes that the proposed Social Work Council will serve to address the social welfare needs of the vast population groups and the challenges of inadequate of social welfare services infrastructure, professionally trained workforce and educational programs. The Council shall spearhead the efforts to achieve the following:

The establishment of the Office of Registration and Regulation of the social work profession;

The recognition of the profession of social work in Tanzania through statutory recognition of the social work function, title, role and its special place one of the key social development professions in the country;.

Public protection by ensuring the very highest standards of practice from qualified and registered social workers; and

The establishment and recognition of a statutory accreditation authority of institutions that provide professional social work training and instruction.

2.0 Background Information

The purpose of the social work profession is to promote human and community well-being through its quest for social and economic justice. This is done by preventing conditions that limit human rights, the elimination of poverty and enhancement of the quality of life for all citizens through the use of professional knowledge, values and skills.

Social welfare services as provided by the Department of Social Welfare (DSW) began in the 1940s under the British rule (United Republic of Tanzania: Department of Social Welfare, 1972). Probation and Affiliation services were established in 1946 under the then Ministry of Local Government and Housing. In 1949 these services were moved to the Department of Community Development and Youth and were expanded to include Foster Care and Adoption in 1955.

The following Laws (MoHSW 2011) governed the provision of the mentioned services:

- Probation of Offenders Ordinance (cap 247 of 1947);
- Children and Young Person Ordinance (cap 13 of 1937);
- Affiliation Ordinance of 1949; and
- Foster Care and Adoption Ordinance 1955.

Suffice it to say that these services were provided only in areas (districts) that were declared by the President as 'probation areas'.

Besides the official government run services, the colonial government allowed charitable organization to establish 'social welfare' services to selected groups of the needy people in the society (United Republic of Tanzania: Department of Social Welfare, 1972). The services which were mainly provided by church organizations included establishment of schools for the children with visual impairment and centers for leprosy patients and the elderly. After independence in 1961 the government established a full-fledged department of social welfare with a mandate to provide social welfare services throughout the country. The Arusha Declaration of 1967 was a landmark political and policy decision that set new parameters in the social welfare service delivery paradigm in Tanzania. The Declaration stated, inter alia, that people who were 'to live on the sweat of others' included children, the elderly, persons with disabilities and those who under particular circumstances could not fend for themselves (Tanganyika African National Union, 1967).

The Arusha Declaration necessitated the expansion of services to include children, the elderly and persons with disabilities. The growth of the department in the services provision created the demand for trained personnel. In 1974 the government through Act of Parliament Cap 110 R.E.2002 established the National Social Welfare Training Institute to provide the training of social workers who would take the responsibilities of providing qualified services.

The most recent strategic plan by DSW (URT, MoHSW: DSW, 2007) informs that the clientele populations that are supposed to benefit from social welfare services come from varied geographical and socio economic cultural backgrounds in Tanzania. Most of these clients reside in rural areas. The report furthermore informs that the provision of these services has been mainly provided through institutional procedures and less in community-based approaches. In the absence of regulatory authority to direct social welfare services provision in a more developmental and diversified focused interventions, these well intentioned strategic goals may be difficult to achieve.

Currently most of social welfare services seem to be primarily urbanized. According to an assessment report of social welfare workforce in Tanzania (URT MoHSW: DSW, 2012) shows that most of the social welfare workforce are employed at the central and local government level. For instance the report indicates that there were 23 social welfare workers at the Regional Secretariat, 59 at central government, 215 at local government authorities and 60 were seconded from central government to local government authorities. Although numbers indicate that most of the social welfare workers are at local government authorities the report noted that none of them worked at ward and community level, thus leaving a huge void for serving the country's poorest and often times most vulnerable populations

Consistent with findings of the above assessment report, findings from the recent stakeholders consultative meetings (MoHSW: DSW, 2012) indicate that provision of professional social welfare services has not reached the majority of vulnerable clients living in rural areas. Even where such welfare services exist, the study shows that most, if not all service providers were not qualified. Specifically, some of the interesting views regarding status of social welfare services and social work profession include the following:

- Social work profession not recognized;
- Lack of incentives to social workers;
- The DSW is not properly recognized in Local Government Authorities;
- Social welfare services in local government agencies are often provided by unqualified personnel; and
- Training of social workers is not tailored to specific client groups.

One of the critical concerns is the involvement of unqualified and unprofessional practitioners in social welfare services delivery. This trend may have serious consequences to the already vulnerable conditions of clients who have the right to qualified services.

Meinrad Lembuka

TASWO Administrative Officer

Tanzania Association of Social Workers (TASWO)

National Office

5th Floor, 85K Building

Kinondoni Road

P.O Box 80297

Dar es salaam, Tanzania

Web: www.taswo.or.tz

+255 754 219 194

+255 789 555 992

+255 712 555 992

Anlage 4

Gedächtnisprotokoll zum Experteninterview mit Herrn Kondo Rashid, Mitarbeiter beim KCC

Das Experteninterview wurde am 22.12.2013 zwischen 10:43 Uhr und 11:09 Uhr per Telefongespräch in englischer Sprache durchgeführt. Der entsprechende Interviewleitfaden (Anlage 2) stellte die Grundlage des Interviews dar. Die folgende Wiedergabe des Interviews ist sinngemäß, nicht wörtlich. Sie erfolgte auf Grundlage von Notizen, die ich mir während des Interviews anfertigte. Mit der Veröffentlichung seiner Aussagen sowie seines Namens erklärte sich Herr Rashid nach Abschluss des Interviews einverstanden. Das Protokoll wurde am 22.12.2013 niedergeschrieben.

Derzeit arbeiten 27 Menschen im KCC, davon sieben in Vollzeit und 20 in Teilzeit. Volunteers sind ein fester Bestandteil im Team des KCC und kommen regelmäßig zum Einsatz. Zurzeit sind vier Volunteers im Einsatz. Die im KCC tätigen Personen bringen unterschiedlichste Qualifikationen mit. Ein Mitarbeiter ist ausgebildeter Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagoge („social worker“). Darüber hinaus arbeiten ausgebildete Buchhalter_innen und Lehrer_innen im KCC. Die meisten der im KCC tätig werdenden Personen verfügen jedoch über keine spezielle Ausbildung. Anzumerken ist, dass sich die im KCC tätigen Volunteers oftmals im Laufe eines Studiums im Bereich Soziale Arbeit befinden, während sie im KCC tätig sind.

Regelmäßige Angebote zu Supervision oder Weiterbildung bestehen nicht. Allerdings veranstalten Mitarbeiter_innen des KCC zusammen mit Mitarbeiter_innen anderer Träger regelmäßig Workshop-Veranstaltungen zu bestimmten Themen, in deren Rahmen dann Erfahrungsaustausche zu diesen Themen erfolgen. Die strategische Ausrichtung des KCC erfolgt fast ausschließlich auf Grundlage der Erfahrungen, die in der täglichen Arbeit im KCC gesammelt werden. Allerdings ist geplant, mit sechs anderen Trägern aus dem Großraum Dar Es Salaam ein Netzwerk aufzubauen, in dem eine langfristige, strategische Ausrichtung der gemeinsamen Aktivitäten erfolgen soll. Diese Planungen stehen zurzeit jedoch noch ganz am Anfang. Ein erstes diesbezügliches Treffen fand vor einigen Wochen statt.

Regelmäßiger Kontakt mit Regierungsorganisationen findet statt, spielt jedoch im Arbeitsalltag des KCC eine sehr untergeordnete Rolle. Es gibt Unterstützung seitens der tansanischen Regierung, und zwar in Form von Fördergeldern. Der weitest- aus größte Betrag an Einnahmen kommt jedoch von den Partnern und Sponsoren

des KCC. Darüber hinaus werden Einnahmen durch den Verkauf von Handwerks-erzeugnissen generiert, die durch die Kinder und Jugendlichen im KCC hergestellt werden. 60 % der Erlöse gehen dabei ans KCC, 40 % verbleiben bei den Personen, die die Erzeugnisse hergestellt haben. Für die Zukunft ist geplant, eigene landwirtschaftliche Produkte zu verkaufen und so eine weitere wichtige Finanzierungssäule zu etablieren.

Der wichtigste Ansatz zu einer dauerhaften Verbesserung der Lebensbedingungen ist die Reduzierung von Armut. Dies ist nur durch die Vermittlung von Bildung und Wissen möglich. Entsprechend richtet sich der Hauptfokus in der täglichen Arbeit des KCC auf Angebote, die die Vermittlung von Bildung und Wissen zum Ziel haben. Neben grundlegender Wissensvermittlung wird dabei ein Schwerpunkt auf die Förderung und Entwicklung der Talente der Kinder und Jugendlichen gesetzt, beispielsweise in den Bereichen Sport und Akrobatik.

Die größte Herausforderung in der täglichen Arbeit des KCC ist die Finanzierung. Ein Indikator für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Arbeit des KCC ist das Wachstum, welches das KCC in den letzten Jahren genommen hat. Man startete mit sehr wenigen Kindern und sehr wenigen finanziellen Ressourcen. Mittlerweile ist das KCC zentraler Anlaufpunkt für ca. 250 Kinder und Jugendliche. Das Angebot wurde und wird ständig ausgebaut und mittlerweile besteht auch ein großes Netz aus Unterstützer_innen und Partnern aus aller Welt. Die Tatsache, dass die Kinder und Jugendlichen mit viel Freude den Angeboten und Aktivitäten beiwohnen und die absolute Zahl der beteiligten Kinder und Jugendlichen konstant ansteigt, wird als Indiz gesehen, dass die Angebote des KCC erfolgreich sind. Darüber hinaus wird als zentrales Instrument der Angebotsentwicklung das direkte Feedback der Kinder und Jugendlichen verwendet.

Neben der allgemein orientierten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen besteht derzeit ein von der UNICEF gefördertes Programm, welches die Rehabilitation jugendlicher Straftäter_innen zum Ziel hat. In Abhängigkeit von der begangenen Tat verrichten die Jugendlichen Tätigkeiten im KCC und umgehen dafür die Verbüßung einer Haftstrafe. Eine Weitervermittlung ist derzeit von obdachlosen Kindern und Jugendlichen notwendig, da keine entsprechenden Unterkunftsmöglichkeiten vorhanden sind. In diesen Fällen kommen die Kinder und Jugendlichen zwar oft-

mals tagsüber zur Freizeitgestaltung ins KCC, übernachten aber in anderen Einrichtungen. Kontakte des KCC zu Einrichtungen, die Unterkunftsmöglichkeiten anbieten, bestehen.

Als Ziel für die nächsten Jahre wird die Errichtung einer entsprechenden Unterkunft für fünf bis sechs Schlafplätze im KCC-Gelände angestrebt. Darüber hinaus soll das Angebot weiter verbreitet und verbessert werden. So soll der erfolgreich eingeschlagene Weg, über die Vermittlung von Bildung und Wissen langfristig die Armut zu bekämpfen, weiter beschritten und ausgebaut werden. Als ein wichtiges Projekt zur besseren Finanzierung des KCC, aber auch, um mehr Möglichkeiten zur Ausweitung und Etablierung des bestehenden Angebots zu haben, wird der Erwerb neuer Landfläche angesehen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Ahmia, Tarek, 2008: Deutschland geizt bei Forschung. Zu wenig Geld für Tropenkrankheiten. <http://www.taz.de/!16258/>, verfügbar am 23.12.2013.
- Amnesty International, 2014: Jahresbericht 2005. Tansania. <http://www.amnesty.de/umleitung/2005/deu03/061?lang=de%26mimetype%3dtext%2ftml>, verfügbar am 10.01.2014.
- Andersen, Uwe, 2005: Entwicklung und Entwicklungspolitik. Entwicklungsdefizite und mögliche Ursachen. <http://www.bpb.de/izpb/9049/entwicklungsdefizite-und-moegliche-ursachen?p=all>, verfügbar am 23.12.2013.
- Arnegger, Manuel, 2008: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession in der Praxis. Menschenrechte als normativer Bezugspunkt im sozialarbeiterischen Alltag. http://www.vsjournals.de/pdf/sozialextra_mai.pdf, verfügbar am 01.01.2014.
- Becker, Silvia, 2013: Eine Welt – nur ein Wunschtraum? <http://www.dw.de/eine-welt-nur-ein-wunschtraum/a-17070784>, verfügbar am 22.12.2013.
- Bischof, Nadja / Dellsperger, Roman / Diethelm, Esther / Gebhard, Hans / Guntern, Roland / Hirsiger, Andrea / Martin, Edi / Troxler, Ueli / Wirz, Monika, 2008: Positionspapier Gemeinwesenarbeit. Ein Arbeitsinstrument für Soziale Arbeit mit grösseren sozialen Systemen. http://www.gwa-netz.ch/gwa_2010/wp-content/uploads/2010/08/Positionspapier-GWA-Kerngruppe-Z%C3%BCrich.pdf, verfügbar am 05.01.2014.
- Österreichisches Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), 2013: OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/weltwirtschaft/oecd.html>, verfügbar am 04.12.2013.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 2009: BMZ Konzepte 183. Sektorkonzept „Gesundheit in der deutschen Entwicklungspolitik“. <http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Konzepte183.pdf>, verfügbar am 25.12.2013.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 2013a: Armut. <http://www.bmz.de/de/service/glossar/A/armut.html>, verfügbar am 03.12.2013.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 2013b: Korruption. Hintergrund: Korruption hemmt Entwicklung. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/goodgovernance/korruption/hintergrund/index.html, verfügbar am 23.12.2013.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 2013c: Hintergrund. Die Bildungssituation in Entwicklungsländern. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/bildung/hintergrund/bildungssituation/, verfügbar am 29.12.2013.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 2014: Allgemeine Menschenrechte. Menschenrechte achten, schützen und gewährleisten – eine internationale Angelegenheit. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/menschenrechte/allgemeine_menschenrechte/internationale_vereinbarungen/, verfügbar am 01.01.2014.

- Boyle, Joe, 2012: Dar es Salaam: Africa's next megacity?
<http://www.bbc.co.uk/news/magazine-18655647>, verfügbar am 10.01.2014.
- Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), 2009: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948.
<https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38624/erklaerung-der-menschenrechte?p=all>, verfügbar am 01.01.2014.
- Briskman, Linda, 2009: Menschenrechte und soziale Arbeit – eine globale Perspektive. In: Wagner, Leonie / Lutz, Ronald (Hg.): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2. Auflage. S. 121-135. Wiesbaden: VS Verlag.
- Central Intelligence Agency (CIA), 2013: The World Factbook. Africa. Tanzania.
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tz.html>, verfügbar am 09.01.2014.
- Central Intelligence Agency (CIA), 2014: The World Factbook. References. Definitions and notes. All. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/docs/notesanddefs.html?fieldkey=2255&alphaletter=C&term=Child%20labor%20-%20children%20ages%205-14>, verfügbar am 09.01.2014.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), 2011: Menschliche Entwicklung. <http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/menschliche-entwicklung/#c4434>, verfügbar am 03.12.2013.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), 2013: Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt.
<http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013%20Report%20German.pdf>, verfügbar am 04.12.2013.
- Deutsche UNESCO-Kommission e.V., 2012: MENSCHENRECHTE EINKLAGEN. Möglichkeiten für Beschwerden bei internationalen Organisationen.
http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Bilder/Publikationen/Broschuere_Menschenrechte_einklagen.pdf, verfügbar am 01.01.2014.
- Dilger, Hansjörg, 2009: Leben mit AIDS in Afrika: Gesellschaftliche Konsequenzen, lokale Antworten und die Grenzen „kultureller Anpassung“ im Kontext der Globalisierung. In: Wagner, Leonie / Lutz, Ronald (Hg.): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2. Auflage. S. 99-120. Wiesbaden: VS Verlag.
- Estes, Richard J., 1997: SOCIAL WORK, SOCIAL DEVELOPMENT, AND COMMUNITY WELFARE CENTERS IN INTERNATIONAL PERSPECTIVE.
http://www.sp2.upenn.edu/restes/Estes%20Papers/Community%20Welfare%20Centers_1997.pdf, verfügbar am 05.01.2014.
- The Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM), 2010: COMMUNITY SYSTEMS STRENGTHENING FRAMEWORK.
http://www.who.int/tb/dots/comm_hss.pdf, verfügbar am 05.01.2014.
- Gigon, Audrey, 2013: Kinderheirat. Die Praxis arrangierter und/oder erzwungener Heirat mit Kindern. Noch heute sind viele Kinder in der ganzen Welt Opfer erzwungener und arrangierter Ehen. Es liegt auf der Hand, dass solche Ehen gesundheitsgefährdend für die beteiligten Kinder sind. <http://www.humanium.org/de/kinderheirat/>, verfügbar am 31.12.2013.

- Hanano, Rima, 2013: Korruption – Nachhaltige Nachteile für Alle.
<http://reset.org/knowledge/korruption-%E2%80%93-nachhaltige-nachteile-fuer-alle>,
 verfügbar am 23.12.2013.
- Hemker, Reinhold, 2007: Das solidarische Lernen. Ausgewählte Schulungsinhalte für
 Akteure der nachhaltigen, entwicklungsbezogenen und gemeinwesenorientierten
 Bildungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung Simbabwe. http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-4017/diss_hemker.pdf, verfügbar am
 05.01.2014.
- Herzberger-Fofana, Pierrette, 2005: Die afrikanische Familie:
<http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/58916/die-afrikanische-familie?p=all>,
 verfügbar am 29.12.2013.
- Hörig, Rainer, 2009: Vom Bahnhofsklo auf die Straße. In Indien hoffen Schwule und
 Lesben auf ein Ende der Diskriminierung. <http://www.welt-sichten.org/artikel/3681/vom-bahnhofsklo-auf-die-strasse>, verfügbar am 29.12.2013.
- Holtz, Uwe, 2013: Die Millenniumsentwicklungsziele. In: Ihne, Hartmut / Wilhelm, Jürgen
 (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik. S. 41-65. Berlin: LIT VERLAG Dr. W.
 Hopf.
- International Association of Schools of Social Work (IASSW), 2013.: List of member
 schools 2012. <http://www.iassw-aiets.org/list-of-member-schools-2012>, verfügbar am
 23.11.2013.
- International Association of Schools of Social Work /International Council of Social
 Welfare / International Federation of Social Workers (IASSW / ICSW / IFSW) 2012:
 The global agenda for social work and social development. Commitment to action.
http://www.iassw-aiets.org/uploads/file/20121025_GA_E_8Mar.pdf, verfügbar am
 23.11.2013.
- International Federation of Social Workers (IFSW), 2012: Definition of Social Work.
<http://ifsw.org/policies/definition-of-social-work/>, verfügbar am 31.12.2013.
- International Federation of Social Workers (IFSW), 2013: Our members.
<http://ifsw.org/membership/our-members/>, verfügbar am 23.11.2013.
- Ihne, Hartmut / Wilhelm, Jürgen, 2013: Sprache und Begriffe der Entwicklungspolitik. In:
 Ihne, Hartmut / Wilhelm, Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik. S. 5-10.
 Berlin: LIT VERLAG Dr. W. Hopf.
- Irmer, Patrick, 2012: Soziale Arbeit im Kontext des Globalen Wandels. Methoden und
 Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung, dargestellt am Verein education4kenya
 Altenburg. <http://www.education4kenya.de/images/material/Bachelorarbeit.pdf>,
 verfügbar am 31.12.2013.
- Jütting, Johannes, o.J.: Social security systems in low income countries: Concepts,
 constraints and the need for cooperation.
<http://www.zef.de/fileadmin/webfiles/downloads/articles/juetting-issr.pdf>, verfügbar am
 29.12.2013.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013a: Tanzania. <http://kccdar.com/about/tanzania/>,
 verfügbar am 10.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013b: Children and Youth in Tanzania.
<http://kccdar.com/about/children-in-tanzania/>, verfügbar am 10.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013c: History. <http://kccdar.com/about/history/>,
 verfügbar am 11.01.2014.

- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013d: Values/Vision/Mission. <http://kccdar.com/about/values-vision-mission/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013e: Community Education and Empowerment. <http://kccdar.com/what-we-do/outreach/community-awareness/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013f: What We Do. <http://kccdar.com/what-we-do/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013g: Education. <http://kccdar.com/what-we-do/education/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013h: Tuition. <http://kccdar.com/what-we-do/education/tuition/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013i: Talent Development. <http://kccdar.com/what-we-do/talent-development/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013j: Mobile Library. <http://kccdar.com/what-we-do/outreach/mobile-library/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013k: Enterprise. <http://kccdar.com/what-we-do/enterprise/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013l: KCC Future. <http://kccdar.com/projects-we-are-building/kcc-future/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013m: The KCC Learner Scholarship Programme. <http://kccdar.com/projects-we-are-building/learner-scholarship-programme/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kigamboni Community Centre (KCC), 2013n: KCC Children's Shelter. <http://kccdar.com/projects-we-are-building/kcc-homeless-shelter/>, verfügbar am 11.01.2014.
- Kilyinga, Nasongelya, 2013: Tanzania: Kigamboni City 'Is for Real'. <http://allafrica.com/stories/201305280445.html?viewall=1>, verfügbar am 10.01.2014.
- Kindernothilfe e.V., 2013: Hintergrund: Schulden bremsen Entwicklung. In der Schuldenfalle gefangen. http://www.kindernothilfe.de/Rubriken/Themen/Verschuldung/Hintergrund_+Schulden+bremsen+Entwicklung.html, verfügbar am 23.12.2013.
- Klöttschen, Elena / Lebek, Patrizia / Nietzke, Janina / Nolden, Dorothea, 2013: Unsichtbares sichtbar machen – Welche Rolle spielt Soziale Arbeit bei der Verwirklichung der Menschenrechte? <http://mifkjf.rlp.de/integration/newsletter-go-integration/archiv/detail/archive/2013/april/article/unsichtbares-sichtbar-machen-welche-rolle-spielt-soziale-arbeit-bei-der-verwirklichung-der-mensch/>, verfügbar am 01.01.2014.
- Kriele, Almut, 2005: Armut und Ausgrenzung in Deutschland – ein Überblick. http://www.katho-nrw.de/uploads/media/3.4_Armut_und_Ausgrenzung_in_Deutschland.pdf, verfügbar am 03.12.2013.
- Külker, Rainer / Prytherch, Helen / Ruppel, Andreas / Müller, Olaf, 2010: Entwicklungsländer: Gesundheit für alle – aber ohne Personal? <http://www.aerzteblatt.de/archiv/74926/Entwicklungslaender-Gesundheit-fuer-alle-aber-ohne-Personal>, verfügbar am 25.12.2013.

- Kürschner-Pelkmann, Frank, 2010: Millenniums-Entwicklungsziele. Millenniumsentwicklungsziele und Menschenrechte sehr eng miteinander verknüpft. <http://klimawandel-bekaempfen.dgvr.de/meldung/millenniumsentwicklungsziele-und-menschenrechte-sehr-eng-miteinander-verknuepft/>, verfügbar am 01.01.2014.
- Langthaler, Margarita, 2008: Working Paper 20. Braindrain und seine Auswirkungen auf Entwicklungsländer. http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP_Braindrain.pdf, verfügbar am 29.12.2013.
- Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED), 2013: Anti-Korruptions-Richtlinie des LED. http://www.led.li/no_cache/institution/rechtsgrundlagen-und-richtlinien.html?cid=254&did=1170&sechash=c7cea85f, verfügbar am 23.12.2013.
- Ludermann, Bernd, 2006: Zur Heilung braucht man auch die Apotheke. Ein Drittel der Menschheit hat nur eingeschränkt Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten. <http://www.ueberblick.de/ueberblick.archiv/one.ueberblick.article/ueberblick2621.html>, verfügbar am 25.12.2013.
- Mantel, Johanna / Wolfrum, Rüdiger, 2010: Ein Kontinent lernt Demokratie. http://www.mpg.de/786033/W001_Zur-Sache_010-015.pdf, verfügbar am 23.12.2013.
- Meyer, Christian / Rogg-Pietz, Arne, 2011: Patente für lebenswichtige Medikamente – Lebensretter oder Todesurteil für Erkrankte? Die Gestaltung der Rahmenordnung als wirtschaftsethisches Problem. http://www.ethos-wirtschaft.de/downloads/pdf/_Baustein_Pharmapatente.pdf, verfügbar am 25.12.2013.
- Rehklau, Christine / Lutz, Ronald, 2009: Partnerschaft oder Kolonisation? Thesen zum Verhältnis des Nordens zur Sozialarbeit des Südens. In: Wagner, Leonie / Lutz, Ronald (Hg.): Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit. Dimensionen – Themen – Organisationen. 2. Auflage. S. 33-54. Wiesbaden: VS Verlag.
- Reutlinger, Christian, 2008: Gemeinwesenarbeit und die Gestaltung von Sozialräumen – Anmerkungen zur Krise tradierter Einheiten der Sozialen Arbeit. <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-die-gestaltung-von-sozialraeumen.php>, verfügbar am 05.01.2014.
- Scheidtweiler, Thomas, 2013: Tansania. Geschichte, Staat und Politik. <http://liportal.giz.de/tansania/geschichte-staat/>, verfügbar am 09.01.2014.
- Seitz, Volker, 2009: Korruption in Afrika: Warum viele Entwicklungsländer arm sind. Und warum die Schuld daran nicht in Europa zu suchen ist. <http://ef-magazin.de/2009/10/23/1590-korruption-in-afrika-warum-viele-entwicklungslaender-arm-sind>, verfügbar am 23.12.2013.
- Tietze, Sarah, 2006: Die Aids-Pandemie in Sub-Sahara-Afrika. <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59046/aids-in-sub-sahara-afrika?p=all>, verfügbar am 26.12.2013.
- Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS), 2013: AIDS by the numbers. http://www.unaids.org/en/media/unaids/contentassets/documents/unaidspublication/2013/JC2571_AIDS_by_the_numbers_en.pdf, verfügbar am 25.12.2013.
- United Nations Development Programme (UNDP), 2011: Adult literacy rate, both sexes (% aged 15 and above). <https://data.undp.org/dataset/Adult-literacy-rate-both-sexes-aged-15-and-above-/x22y-8m6h>, verfügbar am 01.01.2014.

United Nations Development Programme (UNDP), 2013: Technical notes. Calculating the human development indices – graphical presentation.
http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2013_en_technotes.pdf, verfügbar am 22.12.2013.

Wicht, Christine, 2008: Steigbügelhalter der Profitmaximierer. Weltbank und Internationaler Währungsfonds wollen Probleme lösen, die ohne ihre Politik überhaupt nicht entstanden wären. <http://www.humane-wirtschaft.de/der-iwf-und-die-folgen-seiner-strukturanpassungsprogramme-christine-wicht/>, S. 24-29. Verfügbar am 23.12.2013.

Ziegler, Jean, 2011: Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. München: Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Roßwein, 14.01.2014

Philipp Wolf